

2017

Geschäftsbericht

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband



Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband

/ Auf einen Blick

	2017	2016	2015	2014	2013
VERSICHERUNGSVERTRÄGE (in Tausend)	144	142	139	138	136
GEBUCHTE BEITRÄGE (in Tsd. EUR)					
brutto	57.554	55.974	53.065	51.187	50.421
f. e. R.	43.612	42.390	40.016	36.401	35.549
GEMELDETE SCHÄDEN (in Tausend)	13	13	13	12	13
AUFWENDUNGEN FÜR					
VERSICHERUNGSFÄLLE f. e. R. (in Tsd. EUR)	27.465	37.070	28.773	28.751	28.350
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	63,0	87,6	71,8	78,9	79,8
AUFWENDUNGEN FÜR DEN					
VERSICHERUNGSBETRIEB f. e. R. (in Tsd. EUR)	4.109	5.004	5.068	3.759	2.986
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	9,4	11,9	12,7	10,4	8,4
COMBINED RATIO f. e. R. (in %)	72,4	99,5	84,5	89,3	88,2
BEITRAGSRÜCKERSTATTUNGEN AN DIE					
VERSICHERUNGSNEHMER (in Tsd. EUR)	3.374	3.024	2.561	2.588	2.803
JAHRESÜBERSCHUSS (in Tsd. EUR)	3.673	4.137	2.109	2.029	1.633
KAPITALANLAGEN (in Tsd. EUR)	339.311	328.400	314.482	303.163	292.320
LFD. DURCHSCHNITTSVERZINSUNG					
DER KAPITALANLAGEN (%)	1,3	1,5	1,6	1,7	1,6
VERSICHERUNGSTECHNISCHE					
RÜCKSTELLUNGEN f. e. R. (in Tsd. EUR)	189.407	179.944	170.916	166.972	159.301
BILANZSUMME (in Tsd. EUR)	351.428	342.121	328.373	321.080	308.530
EIGENKAPITAL (in Tsd. EUR)	138.404	134.708	130.543	128.418	126.377
in % der verdienten Beiträge f. e. R.	317,5	318,4	325,9	352,5	355,7

LAGEBERICHT

/ Allgemeine Angaben

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband (BGV) wurde am 27. März 1923 als Selbsthilfeorganisation von acht badischen Städten in Mannheim gegründet. Seit 1924 ist der Sitz des Verbandes in Karlsruhe. Der BGV ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach dem Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) vom 16. September 1974. Das Geschäftsgebiet umfasst die ehemaligen Regierungsbezirke Nord- und Südbaden in ihren Grenzen vom 31. Dezember 1972. Der BGV betreibt für seine Mitglieder nach dem von der Fachaufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan Versicherungen in der Schaden- und Unfallversicherung. Die Gesellschaft betreibt nahezu ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft.

ANWENDUNG DRS 20

Im vorliegenden Lagebericht wurde weitgehend der Deutsche Rechnungslegungs Standard Nr. 20 (DRS 20) angewendet. Danach wurden die bedeutsamsten Leistungsindikatoren nachfolgend dargestellt, die sowohl als Basis für die Beschreibung des Geschäftsverlaufs als auch für die Prognose für das nächste Geschäftsjahr dienen. Auf der Basis der Prognose wird im Bericht des folgenden Geschäftsjahres ein Vergleich mit der tatsächlichen Geschäftsentwicklung vorgenommen.

STEUERUNGSSYSTEM

Das Steuerungssystem des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands ist auf eine wertorientierte Steuerung ausgerichtet und unterstützt die Geschäftsleitung bei der Führung der Gesellschaft. Die Geschäftsstrategie beschreibt den Weg zur Erreichung der festgelegten Unternehmensziele. Mit Hilfe der einzelnen Teilstrategien werden die aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahresziele sichergestellt. Aus der dem Verwaltungsrat für das folgende Geschäftsjahr vorgelegten Unternehmensplanung werden quantitative und qualitative Unternehmensziele für das Management abgeleitet. In Ergänzung zur operativen Planung erstellen wir im laufenden Geschäftsjahr regelmäßig Hochrechnungen und führen zur unterjährigen Steuerung Geschäftsanalysen durch. Hier wird auf vierteljährlicher Basis verfolgt, wie sich wesentliche Unternehmenskennzahlen entwickeln. Bei sich abzeichnenden negativen Entwicklungen werden gegensteuernde Maßnahmen ergriffen.

BEDEUTSAMSTE LEISTUNGSINDIKATOREN

Für eine adäquate Steuerung wurden bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren in Form von Umsatz-, Kosten-, Ertrags- und Ergebnisgrößen definiert. Zentrale finanzielle Leistungsindikatoren bilden dabei das Geschäftsergebnis vor Steuern sowie die Combined Ratio (netto) nach HGB. Als Combined Ratio wird das Verhältnis von Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und Aufwendungen für Versicherungsfälle zu verdienten Prämien bezeichnet. Daneben dient die Steuerung der Vertriebsleistung der nachhaltigen Entwicklung des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands.

NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG

Seit dem aktuellen Geschäftsjahr 2017 legt der BGV einen Nachhaltigkeitsbericht auf. Er dient der Information unserer Mitarbeiter, Gremien, Kunden und dem allgemeinen öffentlichen Interesse. Der Nachhaltigkeits- bzw. CSR-Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017

und erscheint ab sofort jährlich gemeinsam mit dem Geschäftsbericht. Die Angaben beziehen sich auf die Tätigkeiten der gesamten Unternehmensgruppe (Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, BGV-Versicherung AG und Badische Rechtsschutzversicherung AG). Der Bericht ist mit Hilfe des Deutschen Nachhaltigkeitskodex als Rahmenwerk entstanden und wird von den dortigen Experten entsprechend geprüft und zertifiziert. Sie können den Bericht über folgenden Link einsehen: www.bgv.de/Berichte

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Weltwirtschaft gewann im Jahr 2017 weiter an Fahrt. Gute ökonomische Nachrichten kamen vor allem aus der Eurozone und Asien. Anhaltend niedrige Inflation und hohe Beschäftigung unterstützten weiterhin die expansive Notenbankpolitik, vor allem in Europa und Japan. China steigerte seine Investitionen und befeuerte mit der ohnehin robusten Weltkonjunktur die Schwellenländer. Erstmals seit langer Zeit schwenkten viele Länder nahezu gleichzeitig in eine wirtschaftliche Aufschwungs- oder zumindest Stabilisierungsphase ein. Entsprechend dürfte die Weltwirtschaft 2017 ein Wachstum von 3,7 % erreichen, nach lediglich 3,2 % im Vorjahr.

Im Gegensatz zu früheren Jahren hatte das Handeln der Währungshüter 2017 weniger Einfluss auf das Marktgeschehen. Dies lag auch daran, dass es zumindest bei den beiden großen Notenbanken beiderseits des Atlantiks streng genommen wenige Überraschungen gab. Die US-Notenbank (FED) behielt ihre restriktivere Geldpolitik mit den erwarteten drei Zinsanhebungen bei und handelte wie bereits im Jahre 2016 signalisiert, und die EZB hatte ebenfalls frühzeitig angekündigt, ihre monatlichen Anleihekäufe ab März 2017 von 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR zu reduzieren, das Kaufprogramm selbst aber bis zum Jahresende beizubehalten. Ein Auslaufen der Wertpapierkäufe oder gar Zinserhöhungen im Euroraum wurden damit nochmals weit in die Zukunft verschoben.

Zu den Überraschungen des zurückliegenden Finanzmarktjahres gehörte sicherlich die Stärke des Euro gegenüber dem US-Dollar, obwohl nicht wenige Beobachter den Weg in Richtung Parität vorgezeichnet sahen. Während mit den Ergebnissen der Frühjahrswahlen in Europa die politischen Risiken abflauten und damit positive Einflüsse auf das EUR-Dollar-Verhältnis ausgingen, wurde diese noch verstärkt durch Konjunkturdaten, die in den USA zu Jahresbeginn eher durchwachsen ausfielen, im Euroraum dagegen eine unerwartet positive Tendenz zeigten. So stieg die Wirtschaftsleistung in der Eurozone um 2,5 % und die jährliche Inflationsrate lag nach einer Schätzung des Statistikamtes Eurostat bei 1,5 %. Die Europäische Zentralbank strebt eine Teuerung von knapp zwei Prozent für den Euroraum an.

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Die Konjunktur in Deutschland fußt auf einem breiten Fundament: Die stabile Beschäftigung sorgt für stabile Einkommen und für ein dementsprechend stabiles Konsumverhalten der privaten Akteure. Das alles vor dem Hintergrund von steigenden Exporten und Importen. Allein die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist leicht zurückgegangen, denn das Lohnwachstum übersteigt mittlerweile das Produktivitätswachstum. Die wirtschaftlichen

Kapazitäten sind ausgelastet. Das bedeutet, dass es schwieriger wird, bestehende Wachstumschancen noch zu ergreifen. Zugleich verlangt die Digitalisierung der Arbeitswelt einen Strukturwandel.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Jahre 2017 um 1,5 % gestiegen, im Jahresdurchschnitt waren rund 44,3 Mio. Personen in Deutschland erwerbstätig. Dies war die höchste Zunahme seit dem Jahr 2007. Damit setzte sich der seit 12 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit dynamisch fort, so dass die höchste Zahl an Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung erreicht wurde. Die Zahl der Erwerbslosen sank nach vorläufigen Schätzungen auf 1,7 Mio. Personen. Die Erwerbslosenquote sank gegenüber dem Vorjahr von 3,9 % auf 3,7 %. Dies entspricht dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland 2017 auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen. Angefacht von höheren Energie- und Nahrungsmittelpreisen kletterte die Inflation auf 1,8 %. Hierzu trugen auch die gestiegenen Mieten bei. Im Jahr zuvor lag die Teuerung im Schnitt noch bei 0,5 %.

/ Entwicklung in der Versicherungswirtschaft

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich im Geschäftsjahr 2017 gut behauptet und erzielte im Geschäftsjahr trotz anhaltend niedriger Zinsen und einem herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld ein respektables Geschäftsergebnis. So rechnet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) für das Berichtsjahr spartenübergreifend mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen um voraussichtlich 1,7 % auf 197,7 Mrd. EUR (i. V. 194,3 Mrd. EUR).

Einen großen Anteil hieran hatte die Lebensversicherung einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds mit Beitragseinnahmen in Höhe von insgesamt 90,7 Mrd. EUR, die annähernd auf Vorjahresniveau lagen. Ferner hat sich das Einmalbeitragsgeschäft positiver entwickelt als im Vorjahr erwartet worden war. Das Geschäftsfeld der Lebensversicherung wird nach wie vor durch die enormen Herausforderungen geprägt, vor denen die Branche steht. Dazu zählen vor allem das anhaltende Niedrigzinsumfeld und die zusätzlichen Belastungen durch den hohen Regulierungsdruck. Grundsätzlich sind bei Lebensversicherungen die bekannten klassischen Garantien durch die externen Rahmenbedingungen zunehmend in Frage gestellt. Der Gesamtbestand der Lebensversicherungen lag mit 88,1 Mio. Verträgen weiterhin auf einem respektablem Niveau. Die Bestandsreduzierung betrug im Vergleich zum Vorjahr nur 1,3 %.

In der privaten Krankenversicherung, die in hohem Maße von der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen abhängt, konnte im Berichtsjahr ein deutliches Beitragswachstum erreicht werden. So erzielten die privaten Krankenversicherer im Geschäftsjahr 2017 Beitragseinnahmen von insgesamt 38,8 Mrd. EUR, nach 37,3 Mrd. EUR im Vorjahr. Dies entspricht einem Wachstum von 4,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Davon entfallen auf die Krankenversicherung selbst 36,5 Mrd. EUR (+4,1 %) und auf die Pflegeversicherung 2,3 Mrd. EUR (+6,1 %). Die Gesamtzahl privater Voll- und Zusatzversicherungen beträgt nun 34,5 Millionen Verträge (+1,8 %).

Die Schaden- und Unfallversicherung verzeichnete im deutschen Versicherungsmarkt im Geschäftsjahr 2017 nach vorläufigen Zahlen des GDV ein zufriedenstellendes Wachstum der Beitragseinnahmen sowie der ausgezahlten Versicherungsleistungen. Da sich alle Versicherungs-

zweige - bis auf die Unfall-, die Transport- und die Technische Versicherung - positiv entwickelt haben, konnte ein Wachstum von 2,9 % (i. V. 2,9 %) erzielt werden. Die Beitragseinnahmen erreichten ein Volumen von 68,2 Mrd. EUR, nach 66,3 Mrd. EUR im Vorjahr. Auch in der Kraftfahrtversicherung hat sich der positive Trend des Vorjahres fortgesetzt. Die Beitragseinnahmen stiegen um rd. 4,1 % auf 27,0 Mrd. EUR an.

In der Sachversicherung konnte ein Beitragswachstum von 3,0 % auf 19,3 Mrd. EUR erzielt werden, wovon alleine auf die Wohngebäudeversicherung ein Beitragswachstum von 6,0 % entfällt. Die Leistungen stiegen um 3,8 % auf 13,6 Mrd. EUR an. Größter Kostenfaktor bleiben Leitungswasserschäden und deren Folgen.

Die Versicherungsleistungen der Schaden- und Unfallversicherer erreichten im Berichtsjahr ein Niveau von 50,8 Mrd. EUR, was einen Anstieg um 3,2 % zum Vorjahr bedeutet. Umso erfreulicher ist, dass die Combined Ratio (Schaden- und Kostenquote) nur um 0,3 % auf 95,0 % gestiegen ist.

Insgesamt erzielten die Schaden- und Unfallversicherer 2017 positive Jahresergebnisse. Der versicherungstechnische Gewinn dürfte rund 3,4 Mrd. EUR betragen, gegenüber 3,5 Mrd. EUR im Vorjahr.

/ Bericht über den Geschäftsverlauf 2017

Der BGV konnte auch im Geschäftsjahr 2017 ein positives Geschäftsergebnis erzielen, das insbesondere durch ein erfreuliches Beitragswachstum und geringere Schadenaufwendungen beeinflusst wurde. Bedarfsgerechte Versicherungsprodukte, Flexibilität, Kundenfreundlichkeit, eine ausgewogene Kapitalanlagestrategie und motivierte, engagierte Mitarbeiter waren erneut Garant für diese insgesamt zufriedenstellende Entwicklung.

Im kommunalen Versicherungsmarkt hat der BGV als Schaden- und Unfallversicherer 143.542 Verträge (i. V. 141.511) in seinem Versicherungsbestand. Das Gesamtbeitragsvolumen beträgt 57,6 Mio. EUR (i. V. 55,9 Mio. EUR) und beinhaltet ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft. Hiervon entfallen auf die Haftpflichtversicherung 16,6 Mio. EUR (i. V. 16,5 Mio. EUR), auf die Kraftfahrtversicherung 8,6 Mio. EUR (i. V. 8,2 Mio. EUR), auf die Feuerversicherung 7,0 Mio. EUR (i. V. 6,9 Mio. EUR) und auf die Technischen Versicherungen 7,3 Mio. EUR (i. V. 7,0 Mio. EUR), welche die vier beitragsstärksten Versicherungszweige darstellen.

Die Bruttoaufwendungen für Geschäftsjahresschäden betragen im Berichtsjahr 39,6 Mio. EUR (i. V. 40,7 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung eines positiven Abwicklungsergebnisses der Vorjahresschäden betragen die gesamten Aufwendungen für Versicherungsfälle 30,5 Mio. EUR (i. V. 40,9 Mio. EUR), was insbesondere auf einen gesunkenen Schadenbedarf in der Haftpflichtversicherung zurückzuführen ist.

Als gemeldete Geschäftsjahresschäden wurden im Berichtsjahr 11.315 nach 11.312 im Vorjahr registriert. Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote lag im Geschäftsjahr 2017 bei 68,8 % nach 72,8 % im Vorjahr.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb erreichten ein Volumen von 8,0 Mio. EUR (i. V. 8,5 Mio. EUR). In Relation zu den verdienten Brutto-Beiträgen ergab sich somit eine Brutto-Kostenquote von 14,0 %, die wiederum unter dem Vorjahr liegt (i. V. 15,2 %).

Durch die insgesamt positive Geschäftsentwicklung des BGV war es auch im Berichtsjahr 2017 wieder möglich, Beitragsrückerstattungen für unsere Mitglieder in einem beachtlichen Volumen vorzusehen.

Nach Beteiligung der Rückversicherer am Bruttoergebnis sowie einer Entnahme aus der Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 0,6 Mio. EUR (i. V. Zuführung von 0,6 Mio. EUR) betrug das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung 8,9 Mio. EUR (i. V. -1,2 Mio. EUR).

Die Netto-Combined-Ratio betrug 72,4 % nach 99,5 % im Vorjahr.

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen in Höhe von 6,0 Mio. EUR (i. V. 4,7 Mio. EUR Entnahme) schloss die versicherungstechnische Rechnung mit einem Gewinn in Höhe von 3,0 Mio. EUR, nach 3,5 Mio. EUR im Vorjahr.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis erbrachte bei einem um 21,2 % gestiegenen Kapitalanlageergebnis und bei höheren Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen, aufgrund der Absenkung des Diskontierungssatzes, einen Gewinn von 1,7 Mio. EUR (i. V. 2,5 Mio. EUR). Somit lag das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit bei 4,7 Mio. EUR (i. V. 6,0 Mio. EUR).

Nach Abzug des Steueraufwands in Höhe von 1,0 Mio. EUR (i. V. 1,9 Mio. EUR) ergab sich ein Jahresüberschuss von 3,7 Mio. EUR (i. V. 4,1 Mio. EUR). Dieser Betrag wird gemäß § 20 der Satzung in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

KAPITALANLAGEN

Der Bestand an Kapitalanlagen stieg von 328,4 Mio. EUR um 10,9 Mio. EUR bzw. 3,3 % auf 339,3 Mio. EUR.

Die Brutto-Neuanlagen des Geschäftsjahres betrugen 84,8 Mio. EUR. Davon entfielen 20,1 Mio. EUR auf Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, 5,0 Mio. EUR auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, 7,2 Mio. EUR auf Sonstige Ausleihungen sowie 52,5 Mio. EUR auf Einlagen bei Kreditinstituten.

Die Erträge aus Kapitalanlagen belaufen sich im Geschäftsjahr auf 6,4 Mio. EUR und das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen beträgt 4,9 Mio. EUR (i. V. 4,0 Mio. EUR). Damit wurde eine laufende Durchschnittsverzinsung in Höhe von 1,3 % (i. V. 1,5 %) sowie eine Nettoverzinsung in Höhe von 1,7 % (i. V. 1,5 %) erreicht. Infolge des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten stellt dies ein zufriedenstellendes Ergebnis dar.

ZUSAMMENSETZUNG DER KAPITALANLAGEN

Von den Kapitalanlagen in Höhe von 339,3 Mio. EUR (i. V. 328,4 Mio. EUR) entfallen auf Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen 46,0 % (i. V. 47,6 %), auf Investmentanteile 36,9 % (i. V. 33,0 %), auf Inhaberschuldverschreibungen 2,1 % (i. V. 0,7 %), auf Namensschuldverschreibungen 0,9 % (i. V. 0,9 %), auf Schuldscheinforderungen und Darlehen 6,4 % (i. V. 7,2 %), auf übrige Ausleihungen 0,4 % (i. V. 0,2 %) und auf Einlagen bei Kreditinstituten 7,3 % (i. V. 10,4 %).

EIGENKAPITAL

Eine ausführliche Darstellung des Eigenkapitals erfolgt im Anhang.

/ Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungszweigen

Unfallversicherung

Die Anzahl der Versicherungsverträge betrug zum Ende des Geschäftsjahres 1.913 (i. V. 1.903 Verträge). Hiervon entfielen 89,5 % auf die Allgemeine Unfallversicherung und 10,5 % auf die Kraftfahrzeugunfallversicherung.

Die gebuchten Bruttobeiträge erreichten im Geschäftsjahr 1,2 Mio. EUR (i. V. 1,1 Mio. EUR), die überwiegend auf die Allgemeine Unfallversicherung entfielen.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle betrugen im Geschäftsjahr 0,4 Mio. EUR nach 0,2 Mio. EUR im Vorjahr. Die Gesamtschadenquote lag damit bei 37,4 % (i. V. 18,8 %).

Die Netto-Combined-Ratio betrug 43,6 % nach 24,6 % im Vorjahr.

Nach der Auflösung der Schwankungsrückstellung verblieb ein versicherungstechnischer Überschuss in Höhe von 0,2 Mio. EUR (i. V. 0,6 Mio. EUR).

Durch das positive versicherungstechnische Ergebnis ist es dieses Jahr erneut möglich, eine Beitragsrückerstattung vorzusehen. In Relation zum Beitrag sollen 25 % zurückerstattet werden.

Haftpflichtversicherung

In der Haftpflichtversicherung konnten zum Jahresende 2.949 Versicherungsverträge (i. V. 2.933 Versicherungsverträge) im Bestand verzeichnet werden. Hieraus wurden Bruttobeiträge in Höhe von 16,6 Mio. EUR (i. V. 16,5 Mio. EUR) erzielt.

Aufgrund eines gesunkenen Geschäftsjahresschadenaufwands und eines sehr positiven Ergebnisses aus der Abwicklung der vorjährigen Schadenrückstellungen verbesserte sich die Gesamtschadenquote deutlich von 128,5 % im Vorjahr auf 69,4 % im Geschäftsjahr. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle betrugen im Berichtsjahr 11,5 Mio. EUR (i. V. 21,1 Mio. EUR).

Demzufolge ergab sich eine Netto-Combined-Ratio von 81,3 % (i. V. 138,6 %).

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 5,5 Mio. EUR (i. V. 4,1 Mio. EUR Entnahme) verblieb ein versicherungstechnischer Verlust in Höhe von 1,3 Mio. EUR (i. V. 0,1 Mio. EUR Verlust).

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Der Bestand an Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen betrug zum Ende des Geschäftsjahres 21.287 Verträge (i. V. 20.853). Die hieraus resultierenden Bruttobeiträge erhöhten sich um 4,1 % auf 5,1 Mio. EUR (i. V. 4,9 Mio. EUR).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich von 3,4 Mio. EUR im Vorjahr auf 3,8 Mio. EUR im Geschäftsjahr. Die Brutto-Gesamtschadenquote stieg auf 74,7 % (i. V. 69,5 %). Die Netto-Combined-Ratio betrug 100,1 % nach 97,3 % im Vorjahr.

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 0,8 Mio. EUR (i. V. 1,1 Mio. EUR) und der Einbeziehung weiterer Einflussgrößen aus der Rückversicherung und betrieblichen Kostenanteilen ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von -0,8 Mio. EUR (i. V. -1,3 Mio. EUR).

Sonstige Kraftfahrtversicherung

Die sonstige Kraftfahrtversicherung mit der Fahrzeugvoll- und Fahrzeugteilversicherung hatte zum Ende 2017 insgesamt 17.590 Versicherungsverträge (i. V. 17.164) im Bestand. Hiervon entfallen auf die Fahrzeugvollversicherung 11.969 Versicherungsverträge (i. V. 11.512) und auf die Fahrzeugteilversicherung 5.621 Verträge (i. V. 5.652).

Das Beitragsvolumen in der sonstigen Kraftfahrtversicherung erreichte einen Betrag von 3,5 Mio. EUR (i. V. 3,3 Mio. EUR). Die Beiträge in der Fahrzeugvollversicherung beliefen sich auf 3,1 Mio. EUR (i. V. 2,9 Mio. EUR) und in der Fahrzeugteilversicherung auf 0,4 Mio. EUR (i. V. 0,4 Mio. EUR). Im gesamten Geschäftsjahr fielen Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle in Höhe von 3,5 Mio. EUR (i. V. 3,3 Mio. EUR) an.

Trotz eines milden Winters und dem Ausbleiben von wesentlichen Elementarschäden lag die Gesamtschadenquote bei 101,3 % nach 102,2 % im Vorjahr. Ursächlich hierfür war vor allem ein hoher Durchschnittsschadenaufwand bei den einzelnen Schäden. Die Netto-Combined-Ratio betrug in der Fahrzeugvollversicherung 126,2 % (i. V. 132,1 %) und in der Fahrzeugteilversicherung 67,6 % nach 57,6 % im Vorjahr.

Unter Berücksichtigung der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, des Rückversicherungsergebnisses und einer geringfügigen Entnahme aus der Schwankungsrückstellung (i. V. 0,2 Mio. EUR) ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von -0,7 Mio. EUR (i. V. -0,6 Mio. EUR).

Feuer- und Sachversicherung

In der Feuer- und Sachversicherung betrug der Bestand 97.066 Verträge (i. V. 96.190 Verträge). Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von 25,1 Mio. EUR auf 25,7 Mio. EUR.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle reduzierten sich von 9,5 Mio. EUR im Vorjahr auf 8,3 Mio. EUR im Berichtsjahr. Die Netto-Combined-Ratio betrug 48,8 % nach 59,2 % im Vorjahr. Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen in Höhe von 1,0 Mio. EUR (i. V. 1,5 Mio. EUR) sowie einer Entnahme aus der Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 0,6 Mio. EUR (i. V. 0,6 Mio. EUR Zuführung) erzielten wir einen versicherungstechnischen Gewinn von 4,9 Mio. EUR nach 4,4 Mio. EUR im Vorjahr.

Die Versicherungszweige der Feuer- und Sachversicherung im Einzelnen:

Feuerversicherung

Die Anzahl der Verträge in der Feuerversicherung betrug im Geschäftsjahr 25.923 (i. V. 25.825), bei einem Beitragsvolumen von 7,0 Mio. EUR (i. V. 6,9 Mio. EUR).

Durch das Ausbleiben von größeren Feuerschäden verringerten sich die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle von 1,9 Mio. EUR im Vorjahr auf 1,7 Mio. EUR im Geschäftsjahr.

Die Gesamtschadenquote lag somit zum Jahresende bei 24,3 % nach 27,8 % im Vorjahr.

Die Netto-Combined-Ratio betrug 27,1 % nach 42,5 % im Vorjahr.

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 0,4 Mio. EUR (i. V. 0,3 Mio. EUR) belief sich der versicherungstechnische Gewinn auf 0,4 Mio. EUR (i. V. 0,3 Mio. EUR).

Aufgrund des positiven versicherungstechnischen Ergebnisses ist es dieses Jahr wieder möglich, Beitragsrückerstattungen von 10 und 15 % vorzusehen.

Verbundene Gebäudeversicherung

Der Versicherungsbestand in der Verbundenen Gebäudeversicherung umfasste 3.251 Verträge (i. V. 3.103). Als Bruttobeiträge wurden 0,9 Mio. EUR (i. V. 0,8 Mio. EUR) vereinnahmt.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle erreichten im Geschäftsjahr ein Volumen von 1,1 Mio. EUR nach 0,9 Mio. EUR im Vorjahr. Die Gesamtschadenquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und liegt mit 120,2 % (i. V. 115,8 %) weiterhin über 100 %.

Die Netto-Combined-Ratio betrug 136,8 % nach 226,7 % im Vorjahr.

Unter Berücksichtigung der restlichen Einflussgrößen, der erstmaligen Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 0,2 Mio. EUR sowie einer Entnahme aus der Rückstellung für drohende Verluste von 0,6 Mio. EUR (i. V. 0,6 Mio. EUR Zuführung), schloss die versicherungstechnische Rechnung mit einem Gewinn in Höhe von 0,2 Mio. EUR (i. V. -1,2 Mio. EUR) ab.

Sonstige Sachversicherung

Bei den unter der sonstigen Sachversicherung geführten Zweigen Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung, Leitungswasserversicherung, Glasversicherung, Sturmversicherung, Technische Versicherungen, Extended Coverage (EC)-Versicherung und sonstige Sachschadenversicherungen betrug der Bestand 67.892 Verträge (i. V. 67.262). Hiervon entfällt auf die Extended Coverage (EC)-Versicherung ein Anteil von 35,2 % und auf die Sturmversicherung ein Anteil von 34,7 %.

Das Beitragsvolumen erreichte eine Größenordnung von 17,8 Mio. EUR (i. V. 17,5 Mio. EUR), die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich auf 5,5 Mio. EUR (i. V. 6,7 Mio. EUR) und die Gesamtschadenquote lag zum Jahresende bei 31,0 % (i. V. 38,4 %).

Die Netto-Combined-Ratio betrug 49,4 % nach 56,7 % im Vorjahr.

Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen in Höhe von 1,7 Mio. EUR (i. V. 1,8 Mio. EUR), wurde ein Gewinn von 4,3 Mio. EUR (i. V. 5,2 Mio. EUR) erzielt.

Aufgrund des positiven versicherungstechnischen Ergebnisses ist es möglich, bei folgenden Versicherungszweigen Beitragsrückerstattungen vorzusehen: in der Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung 30 %, in der Maschinenversicherung 30 % und in der Elektronikversicherung 20 %.

Sonstige Versicherungen

Unter den sonstigen Versicherungen sind die Versicherungszweige/ -arten Transport- und Luftfahrt-, Beistandsleistungs-, Betriebsunterbrechungs-, sonstige Vermögensschaden-, die Vertrauensschadenversicherung sowie die sonstige gemischte Versicherung zusammengefasst. Zum Ende des Geschäftsjahres waren 2.737 Versicherungsverträge (i. V. 2.468) im Bestand.

Die Bruttobeiträge erreichten ein Volumen von 5,5 Mio. EUR nach 5,1 Mio. EUR im Vorjahr. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle verringerten sich von 3,3 Mio. EUR im Vorjahr auf 2,9 Mio. EUR im Berichtsjahr. Ursächlich hierfür war der gesunkene Schadenbedarf in der Vertrauensschadenversicherung. Die Gesamtschadenquote lag folglich mit 53,6 % um 11,8 Prozentpunkte unter der des Vorjahres. Die Netto-Combined-Ratio betrug 56,5 % nach 87,4 % im Vorjahr. Unter Berücksichtigung einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 0,8 Mio. EUR (i. V. 0,1 Mio. EUR Entnahme) erbrachte das versicherungstechnische Geschäft einen Gewinn von 0,6 Mio. EUR (i. V. 0,5 Mio. EUR).

Vergleich der Geschäftsentwicklung mit der Prognose

Vergleicht man die dargestellten Geschäftsergebnisse 2017 mit der Prognose aus dem Geschäftsbericht 2016, so hat sich die dort getroffene Kernaussage mit leicht steigenden Bruttobeiträgen, einer Netto-Combined-Ratio von unter 100 % sowie einer geringeren Kapitalanlageverzinsung bestätigt. Das unter dem Vorjahr liegende Geschäftsergebnis, das hauptsächlich durch geringere Schadenaufwendungen, höhere Zuführungen zum versicherungstechnischen Vorsorgekapital in Form der Schwankungsrückstellung und gestiegenen Zinsaufwendungen beeinflusst wurde, hat die Erwartungen des vergangenen Jahres erfüllt.

BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband gibt satzungsgemäß Überschüsse an seine Mitglieder weiter, soweit sie nicht zur Deckung der Schadenleistungen und sonstigen Aufwendungen sowie zur Stärkung des Eigenkapitals erforderlich sind.

Für das Geschäftsjahr 2017 sind die aus der folgenden Tabelle ersichtlichen Rückvergütungssätze für ungekündigte Verträge vorgesehen:

ZUSAMMENSTELLUNG DER BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG DER LETZTEN JAHRE IN % DER BEITRÄGE

Versicherungszweige und -arten	2017	2016	2015	2014	2013
<i>Allgemeine Unfallversicherung</i>	25	25	20	20	20
<i>Feuer-Industrie-Versicherung</i>	15	15	10	20	20
<i>Sonstige Feuerversicherung</i>	10	5	0	0	5
<i>Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung</i>	30	30	30	30	30
<i>Maschinenversicherung</i>	30	30	30	30	30
<i>Elektronikversicherung</i>	20	20	20	20	20

/ Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

RISIKOBERICHT

Unter Risikomanagement verstehen wir die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zum Umgang mit den Risiken, die aus unserem unternehmerischen Handeln resultieren. Risiko definieren wir als Gefahr, dass der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband seine gesetzten Ziele nicht erreichen bzw. seine Strategien nicht erfolgreich umsetzen kann. Risikocontrolling ist Bestandteil des Risikomanagements und beinhaltet die Erfassung, Analyse, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung getroffener Maßnahmen zur Risikosteuerung.

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS

Für den Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband ist die bewusste Steuerung und Überwachung von Risiken eine Kernaufgabe des Vorstands, aber auch die Aufgabe sämtlicher Fach- und Führungskräfte. Das Risikomanagementsystem mit seiner Frühwarnfunktion unterstützt sie dabei.

Das Risikomanagement des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands konzentriert sich auf solche Risiken, die den Fortbestand des Verbands gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können. Es entspricht dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG: § 91 Abs. 2 AktG i. V. m. § 33 Abs. 2 VAG) und setzt die Anforderungen aus dem europäischen Aufsichtsregime Solvency II in Verbindung mit § 26 und § 27 VAG vollständig um. Die Umsetzung der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation (MaGo) in Verbindung mit § 23 VAG wurde in 2017 sichergestellt.

Durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements setzt der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband die externen Vorgaben um und bereitet sich damit auch immer wieder frühzeitig auf neue Anforderungen vor.

Unser Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften hinaus. Das Risikomanagement zielt darauf ab, die Finanzkraft des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands zu sichern und die Entscheidungsträger bei der Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur an und möchten durch eine effiziente Risikoorganisation sowie adäquate Risikoinstrumente und -verfahren Mehrwert schaffen. Der strategische Rahmen für das Risikomanagement und die risikopolitische Ausrichtung des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands sind in der Risikostrategie verankert. Abgeleitet aus der übergeordneten Geschäftsstrategie beschreibt sie Art und Umfang der wesentlichen Risiken im Unternehmen. Sie definiert Ziele, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit eingegangenen oder zukünftigen Risiken. Durch die organisatorische und prozessuale Verzahnung von Unternehmensplanung und Risikomanagement ist die Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete und unternehmenssteuerungsrelevante Beurteilung der eigenen Risiken geschaffen. Mit Hilfe der Unternehmensziele, der Teilstrategien, der Bereichssteuerungsprofile und den aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahreszielen wird sichergestellt, dass die Zielvorstellungen umgesetzt und damit die Chancen des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands wahrgenommen werden. Grundsätzlich wird dabei eine angemessene Balance zwischen der Wahrnehmung von Geschäftschancen und dem Eingehen von Risiken angestrebt, wobei die

Unternehmenssicherheit stets im Vordergrund steht. Bestandsgefährdende oder unkalkulierbare Risiken werden nicht eingegangen. Ergänzend zur Risikostrategie haben wir in der Leitlinie zum Risikomanagement Standards für dessen aufbau- und ablauforganisatorische Ausgestaltung festgelegt.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS UND -ORGANISATION

Das Risikomanagementsystem des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands zeigt entsprechend den aktuellen Vorschriften sowohl zentrale als auch dezentrale Ausprägungen. Das dem Gesamtvorstand berichtspflichtige zentrale Risikomanagement ist für die Konzeption und die permanente Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die bereichsübergreifende Steuerung der Risiken und Koordination des gesamten Risikomanagementprozesses verantwortlich.

Im Rahmen der festgelegten Risikostrategie und der Risikomanagementleitlinie steuern die dezentralen Risikoverantwortlichen des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands und die Leiter der Fachbereiche der BGV-Versicherung AG die Risiken eigenverantwortlich, soweit ausgegliederte Funktionen für den Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband wahrgenommen werden. Durch die personelle und organisatorische Trennung von risikoverantwortenden und risikoüberwachenden Einheiten setzen wir das Prinzip der Funktionstrennung konsequent um. Der Risikomanagementprozess ist in den einzelnen Fachabteilungen und Funktionsbereichen als laufender Prozess angelegt. Er basiert auf der Risikostrategie und umfasst in einem iterativen Regelkreislauf die Hauptbestandteile Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung sowie Risikoberichterstattung.

Im Rahmen der Risikoidentifikation erfassen, aktualisieren und dokumentieren wir eingegangene oder potenzielle Risiken regelmäßig. Die erkannten Risiken werden anhand von Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für den Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband beurteilt. Hierzu gehört auch die Einschätzung, ob Einzelrisiken, die isoliert betrachtet von nachrangiger Bedeutung sind, in ihrem Zusammenwirken oder durch Kumulation im Zeitverlauf wesentlichen Charakter annehmen können. Mit Hilfe regelmäßig stattfindender Kennzahlenanalysen und Risikobefragungen sämtlicher Fachbereiche des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands erfolgt eine Verdichtung der Einzelrisiken zu Risikokategorien und danach zu einer Bewertung der Gesamtrisikosituation im Rahmen der Risikoberichterstattung.

Die Risikosteuerung und -überwachung wird mit Hilfe eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und Limitsystems unterstützt. Limite werden für alle mit dem Standardansatz quantifizierten Risikokategorien vergeben, deren Einhaltung sowie die ausreichende Bedeckung mit Eigenmitteln wird regelmäßig überwacht und dem Vorstand berichtet.

Die Risikoanalyse bestätigte, dass die sich für den Versicherungsbetrieb ergebenden Risiken durch das Risikomanagementsystem wirksam kontrolliert und gesteuert werden können. Die Risikosituation des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes stellte sich zum Ende des Jahres 2017 wie folgt dar:

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN

Die versicherungstechnischen Risiken setzen sich zusammen aus:

- dem Prämien-/Schadenrisiko, d. h. dem Risiko, dass die kalkulierten Tarife sich als nicht auskömmlich herausstellen könnten, wodurch der Risikoausgleich im Kollektiv scheitert. Dies wäre dann der Fall, wenn die Schadenzahlungen höher sind als ursprünglich zu erwarten war oder Irrtümer bei der Schätzung der Schadenhäufigkeit oder -höhe auftreten, ohne dass eine rechtzeitige Anpassung der Beiträge und Versicherungsbedingungen möglich ist (Zufalls-, Änderungs- und Irrtumsrisiko);
- dem Reserverisiko, d. h. dem Risiko, dass die zu leistenden Schadenzahlungen höher sein könnten als die zum Zeitpunkt der Schadenmeldung erwarteten und dafür zurückgestellten Beiträge. Als Folge einer solchen Entwicklung könnten Abwicklungsverluste entstehen.

Diese Risiken wurden auch im Jahr 2017 fachgerecht bewertet und durch unterschiedliche Risikovororgemaßnahmen begrenzt. Unter anderem trugen eine vorsichtige Tarifierungspolitik sowie angemessene Schadenrückstellungen dazu bei, diese Risiken für den Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband transparent und kalkulierbar zu machen. Darüber hinaus wurde über die Bestimmung der Marktwerrückstellungen die Reservesituation aktuariell überprüft. In 2017 ergab sich hierdurch kein Bedarf einer Änderung des Reservierungsverhaltens. Ein permanentes, spartenübergreifendes Schadencontrolling zeigt zudem frühzeitig negative Entwicklungen auf.

Da versicherungstechnische Risiken nur in begrenztem Umfang tragbar sind, werden sie durch bedarfsgerechte Rückversicherungsverträge abgesichert. Damit wird eine extrem negative Ergebnisauswirkung vermieden. Bei der Gestaltung der Rückversicherungspolitik werden die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der ausgewählten Rückversicherer beachtet.

In der Sachversicherung decken wir beim Neu- und Ersatzgeschäft seit einigen Jahren Terrorrisiken nur noch bis zu einer Jahreshöchstentschädigung von maximal 25 Mio. EUR ab. Zur Begrenzung des Risikos aus Bestandsverträgen sind wir seit dem 1. Januar 2002 Mitglied im Solidaritätspool der öffentlichen Versicherer.

Kommunalhaftpflichtrisiken, die eines besonderen Umgangs bedürfen, werden durch die Zugehörigkeit des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands zum Allgemeinen Kommunalen Haftpflichtschaden-Ausgleich begrenzt.

Im Bereich der versicherungstechnischen Risiken wird unter anderem die langfristige Entwicklung der Nettoschaden- und Nettoabwicklungsquoten beobachtet. Die Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse, die sowohl Naturkatastrophen (Brutto-Schadenaufwand im Geschäftsjahr 0,8 Mio. EUR) als auch Kumulrisiken enthalten, entwickelten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	<i>Netto-Gesamt- schadenquoten in %</i>	<i>Netto-Abwicklungs- ergebnis in % der Eingangsschaden- rückstellung</i>
<i>2017</i>	<i>63,0</i>	<i>5,7</i>
<i>2016</i>	<i>87,6</i>	<i>-1,9</i>
<i>2015</i>	<i>71,8</i>	<i>3,9</i>
<i>2014</i>	<i>78,9</i>	<i>2,9</i>
<i>2013</i>	<i>79,8</i>	<i>4,1</i>
<i>2012</i>	<i>72,8</i>	<i>6,9</i>
<i>2011</i>	<i>68,7</i>	<i>7,6</i>
<i>2010</i>	<i>83,0</i>	<i>4,9</i>
<i>2009</i>	<i>86,5</i>	<i>5,9</i>
<i>2008</i>	<i>87,5</i>	<i>3,7</i>

RISIKEN AUS DEM AUSFALL VON FORDERUNGEN AUS DEM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 bestanden Forderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 50 Tsd. EUR. Im Verhältnis zu den gebuchten Beiträgen beträgt die Außenstandsquote 0,1 % und liegt damit deutlich unter dem Wert der Gesamtbranche. Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen an Versicherungsnehmer lag im Zeitraum von 2015 - 2017 bei 0,0 %.

Diese sehr positive Quote hat ihre Ursache im zuverlässigen Versicherungsnehmerbestand, der sich aus dem Kernkommunalgeschäft zusammensetzt.

Ausstehende Forderungen, deren Fälligkeit am Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 mehr als 90 Tage zurückliegt, betragen 0 Tsd. EUR.

Begrenzt wird das Risiko durch eine regelmäßige Überwachung der Außenstände und ein systematisches Mahnverfahren.

Gegen die Rückversicherer bestanden zum Bilanzstichtag Forderungen in Höhe von 1.023 Tsd. EUR, die sich wie folgt auf die einzelnen Ratingklassen verteilen:

<i>Rating- klasse</i>	<i>Forderungs- betrag in Tsd. EUR</i>
<i>A+</i>	<i>974</i>
<i>keine</i>	<i>49</i>

Im Bereich Rückversicherung wird auf eine angemessene Streuung der Abgaben und auf die Solidität der Rückversicherer geachtet, um das Ausfallrisiko gering zu halten. Begrenzt wird das Ausfallrisiko im Bereich Rückversicherung dadurch, dass wir nur mit namhaften Partnern guter Bonität zusammenarbeiten und diese Unternehmen aufgrund langjähriger Geschäftsbeziehungen oder Beobachtung gut kennen. Bei dem Rückversicherer ohne Rating handelt es sich um einen langjährigen deutschen Vertragspartner, dessen Bonität wir als „gut“ einstufen.

RISIKEN AUS KAPITALANLAGEN

Die Kapitalanlagen sind mehreren Risiken ausgesetzt, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die entsprechenden Maßnahmen zur Risikoreduktion bestehen in der Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik, der Konzentration auf bonitätsstarke Emittenten sowie einer angemessenen Mischung und Streuung der Assets.

MARKTPREISRISIKO

Unter Marktpreisrisiko wird das Risiko einer negativen Wertveränderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren wie beispielsweise Zinsen, Immobilienpreise, Aktien- und Währungskurse verstanden.

Das Marktpreisrisiko setzt sich daher aus den Risikoarten Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Fremdwährungs-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko zusammen.

Währungsrisiken haben beim Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband aufgrund einer Investitionsausweitung in Fremdwährungsanlagen in Fonds an Bedeutung gewonnen. Sie werden mit Hilfe einer breiten Streuung des Anlagebestands und derivativen Absicherungsinstrumenten wirksam kontrolliert und gesteuert sowie im Rahmen des Risikomanagementprozesses laufend beobachtet und quantifiziert.

Immobilien, die wir in Form einer Beteiligung halten und selbst steuern, werden wie Direktbestände behandelt. Dabei handelt es sich größtenteils um eigengenutzte Immobilien, wodurch die daraus potenziell erwachsenden Risiken abgemildert werden.

Wegen der einfachen Struktur existieren im Bereich des Beteiligungscontrollings keine besonderen Risiken. Die Steuerung und Überwachung der Beteiligungen erfolgen im Rahmen des konzern einheitlichen Strategie- und Planungsprozesses. Auswirkungen auf den Marktwert unserer Kapitalanlagen werden mit Hilfe regelmäßiger Szenario- und Stresstestanalysen und anhand unseres Limitsystems überprüft. Ein Zinsanstieg kann neben Kursverlusten auch zu Abschreibungen auf den Wertpapierbestand führen. Dieses Risiko ist bei uns begrenzt, da der größte Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus Namensschuldverschreibungen sowie aus Schuldscheindarlehen besteht und die Bilanzierung demzufolge zum Nennwert beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Ferner wird durch die generelle Buy-and-hold-Strategie des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes eine Realisierung von Kursverlusten vermieden.

Strukturierte Zinsprodukte, Asset Backed Securities und Credit Linked Notes haben wir unserem Portfolio nicht beigemischt. Derivative Finanzinstrumente setzen wir ausschließlich zu Absicherungszwecken in Fonds ein.

Zur Beurteilung und Überwachung der Marktrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderung unseres Portefeuilles in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Der Marktwert unserer Kapitalanlagen würde sich gegenüber dem Wert zum Jahresende 2017 um die nachstehend angegebenen Beträge verändern, wenn sich die Preise für Aktien und die Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere im angeführten Maß nach oben oder unten bewegten.

AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 10 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES ANSTIEG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-4.139.569	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-5.065.224
AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 35 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES RÜCKGANG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-14.488.491	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	+5.535.855

AUSFALLRISIKO AUS KAPITALANLAGEN

Dieses Risiko, das auch als Kreditrisiko bezeichnet wird, bedeutet bei schlechter Bonität eines Engagements oder Schuldners (Emittenten) die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls von Zins und Tilgung.

Die anhaltende europäische Staatsschuldenkrise, deren mögliche Konsequenzen für das Finanzsystem und die aktuellen politischen Entwicklungen bestimmen die öffentliche Diskussion in der Versicherungsbranche. Aufgrund unserer konservativen Kapitalanlagepolitik sind keine wesentlichen unmittelbaren Folgen für den Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband zu erwarten. Dennoch birgt die Staatsschulden- bzw. Eurokrise schwer abschätzbare mittelbare Risiken für den Euro-Raum, sowohl bezüglich des Euros als auch bezüglich der Bonität der Schuldner und wird deshalb im Rahmen des Risikomanagementprozesses aufmerksam beobachtet. Eine indirekte Folge der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise stellt das niedrige Zinsniveau dar, das zu niedrigeren Wiederanlagezinssätzen beim Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband führt. Durch dieses künstlich tiefliegende Zinsniveau erwarten wir, dass das Kapitalanlageergebnis im Vergleich zu früheren Jahren weiterhin gering ausfallen wird.

Ein Teil der festverzinslichen Wertpapiere in unserem Bestand sind Emissionen, die von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland oder von europäischen Ländern, Banken sowie Unternehmen mit gutem Rating ausgegeben wurden. Diese Emissionen lauten ausschließlich auf Euro.

Anlagen bei Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen sowie Tages- und Festgeldanlagen werden nur bei geeigneten Kreditinstituten im Rahmen Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vorgenommen. Zusätzlich muss das Kreditinstitut an einem Einlagensicherungssystem mitwirken. Die Rentenengagements werden grundsätzlich im Investment Grade-Bereich investiert und weisen daher eine gute Bonität auf. Der

Anlageausschuss kann in Form von Ausnahmen und unter Einbindung des Risikomanagements auch Rentenengagements in der Ratingkategorie Non-Investment Grade beschließen. Bei den Renten-Investitionen ohne Rating handelt es sich hauptsächlich um Mitarbeiterdarlehen, die somit ein stark begrenztes Ausfallrisiko aufweisen.

Damit ergibt sich folgende prozentuale Aufteilung der Anlagen auf Marktwertbasis:

Investment Grade (Ratingkategorien AAA – BBB-)	97,2 %
Non-Investment Grade (Ratingkategorien BB – B)	1,9 %
ohne Rating (non rated)	0,9 %

LIQUIDITÄTSRISIKO

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht erfüllen zu können.

Diesem Risiko begegnen wir mittels einer Liquiditätsplanung. Für das jeweilige Geschäftsjahr wird dabei eine Prognose der Zahlungsströme erstellt, die regelmäßig an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst wird.

Darüber hinaus berücksichtigt die Vermögensverwaltung generell die Marktgängigkeit einzelner Anlagen.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband kann auf die ungeplante Veräußerung von Renten vor ihrer Endfälligkeit zum Zweck der Liquiditätsbeschaffung verzichten. Durch unsere Liquiditätsplanung und -steuerung wird die notwendige Liquidität zur Bedienung aller Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft und sonstigen Verpflichtungen sichergestellt.

OPERATIONELLE RISIKEN UND SONSTIGE RISIKEN

Die operationellen Risiken bestehen aus

- den betrieblichen Risiken, d. h. Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen können, und
- rechtlichen Risiken, d. h. Risiken, die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Durch ein ausgeprägtes Internes Kontrollsystem, das Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen, die organisatorische Trennung von Funktionen sowie umfangreiche Kontrollen beinhaltet, wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operationellen Tätigkeiten der Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Insbesondere wird durch regelmäßige und effektive Kontrollen die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems überprüft und dokumentiert. Die technischen Kontrollen im Schaden-

bereich werden verfeinert. Die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen ist das Ziel. Die Funktionen des IT-Sicherheitsbeauftragten, Compliancebeauftragten, Datenschutzbeauftragten, Brandschutzbeauftragten und Notfallbeauftragten stellen durch die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ein wirksames Internes Kontrollsystem in diesen Bereichen sicher.

Der Informationssicherheit wird große Bedeutung beigemessen. Daher existieren im Bereich der Datenverarbeitung umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Sicherheit der Programme und Daten gewährleisten. Für den Schutz des internen Netzwerks werden ständig angepasste Firewalls und Antivirenprogramme eingesetzt. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Datensicherungen, die im Bedarfsfall eine rasche Wiederherstellung von Daten ermöglichen. Mit Hilfe der implementierten IT-Notfallplanung und der laufenden Weiterentwicklung der IT-Prozesse wird das IT-Sicherheitsmanagement weiter ausgebaut und den Entwicklungen angepasst.

Rechtliche Risiken und Risiken aus Geschäftsprozessen existieren prinzipiell auch beim Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband, besondere existenzgefährdende Sachverhalte haben sich allerdings nicht konkretisiert.

Von der Internen Revision werden alle Unternehmensbereiche regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten die dafür gültigen gesetzlichen Regelungen und bestehenden unternehmensinternen Anweisungen einhalten. Neben der laufenden Prüfung der Betriebs- und Schadenbereiche werden die Effektivität und Effizienz des Risikomanagementsystems regelmäßig kritisch überprüft. Ferner wird der Kapitalanlagebereich einer umfassenden Prüfung entsprechend der aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterzogen.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Geschäftsjahr 2017 keine Entwicklungen erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands nachhaltig negativ beeinflussen könnten.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband erfüllt die Solvabilitätsanforderungen nach Solvency II. Dabei übersteigt die aufsichtsrechtliche Solvabilitätsquote des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands voraussichtlich die strategisch festgelegte Mindestbedeckung von 175 % und entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen. Bei der Berechnung der Eigenmittelausstattung werden sowohl die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen als auch die vorhandenen Reserven der Passiva berücksichtigt. Dies ergibt eine insgesamt gute Risikosituation unseres Unternehmens.

AUSBLICK UND CHANCEN

Die Auswirkungen des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes auf den BGV Konzern sind derzeit nur schwer abzusehen. Die Prognosen für einen vorsichtigen Zinsanstieg bei gleichwohl anhaltender Niedrigzinsphase und die gesamtpolitische Lage (Brexit, Abschottungstendenzen in den USA) las-

sen ihren Einfluss auf den Binnenmarkt nicht sicher vorhersagen. Die derzeitigen Prognosen für das deutsche Wirtschaftswachstum in 2018 gehen von einem Wachstum von gut 2,4 % aus. Der private Konsum soll zentrale Stütze des Wirtschaftswachstums 2018 bleiben. Die für die Versicherungsnachfrage wichtige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte ist weiterhin positiv. Eine Normalisierung des Zinsniveaus ist nicht abzusehen und das Niedrigzinsumfeld bleibt eine zentrale Herausforderung für die Versicherungswirtschaft.

Die Konjunkturindizes von ifo für die Schaden- und Unfallversicherung lassen weiterhin eine optimistische Stimmung der Unternehmen erkennen. Die Geschäftserwartungen werden weiterhin gut eingestuft. Es bestehen jedoch mit der anhaltenden Staatsschulden- bzw. Eurokrise und der Gefahr der Ausweitung auf die Bankenbranche weiterhin große Unsicherheiten.

Auf dem Versicherungsmarkt der Schaden-/ Unfallversicherer geht man für das Geschäftsjahr 2018 im Schadenverlauf insgesamt von einer ähnlichen Entwicklung wie in 2017 aus. Die Beitragserwartungen für 2018 deuten insgesamt auf ein leichtes Wachstum hin. Der Preiserhöhungszyklus in der Kraftfahrtversicherung hat sich 2017 abgeflacht. Im Markt verbesserte sich die Brutto-Combined Ratio 2017 leicht auf 95 %, beim Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband verbesserte sich die Brutto-Combined Ratio aufgrund des positiveren Verlaufs in der allgemeinen Haftpflichtsparte und Kfz-Kaskosparte. Über das Gesamtgeschäft ergab sich eine Brutto-Combined-Ratio von 67 %. In der kommunalen Haftpflichtversicherung rechnen wir weiterhin mit hohen Geschäftsjahresschadenquoten.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband geht konzentriert auf die Bedürfnisse seiner kommunalen Kundengruppe ein, was sich auf die Entwicklung des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands positiv auswirken und in den folgenden Geschäftsjahren zu einer Stärkung der Wettbewerbssituation führen sollte.

Der BGV versucht, vorhandene Marktchancen zu nutzen. Produkt- und Serviceinnovationen sollen beim Erreichen der Wachstums- und Ertragsziele sowie der Erschließung neuer Kundenpotenziale helfen. Der BGV strebt ein moderat steigendes Wachstum an. Dies bedeutet für den BGV eine hohe Veränderungs- und Investitionsbereitschaft, die Entwicklung neuer Produkte sowie die Betreuung und Pflege neuer Partnerschaften. Neben den Chancen aus solchen Innovationen können diese auch Risiken bergen, die es frühzeitig zu identifizieren, zu messen und zu steuern gilt.

Der BGV hat hierfür einen Neue-Produkte-Prozess installiert, der die notwendige Transparenz und systematische Vorgehensweise bei derartigen Veränderungsprozessen sicherstellt. Aus Sicht des Risikomanagements wird dabei besonderer Fokus auf die Identifikation von Chancen und Risiken gelegt, das heißt auf die Bestimmung des möglichen Ertrags- und Risikogehalts aus der Neuerung. Die Auswirkungen werden mittels einer Chancen-/ Risikoanalyse vorab überprüft und bewertet. Diese umfasst die tangierten Schnittstellen und alle Bereiche im Unternehmen, auf die das neue Produkt/ Geschäftsfeld potenziell Einfluss hat. Alle erkannten Risiken werden in das Risikoinventar übernommen und entsprechend den vorgesehenen Regeln beschrieben und beurteilt.

Für das Kernkommunalgeschäft im Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband erwarten wir im folgenden Geschäftsjahr allenfalls moderat steigende Beiträge.

Die Staatsschulden- bzw. Eurokrise führt in der Versicherungsbranche weiterhin zu niedrigen Zinsen bei der Neu- und Wiederanlage. Dieser Umstand hat Konsequenzen für die Nettoverzinsung der Kapitalanlage im Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband. Durch das niedrige Zinsniveau und den hohen Anteil an Beteiligungen wird die Erzielung einer Kapitalanlageverzinsung in Höhe der Durchschnittsverzinsung der letzten Jahre bei vertretbarem Risiko weiterhin erschwert. Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband hält die bisherige risikoarme Kapitalanlagestrategie bei und wird dadurch im Vergleich zu den Vorjahren voraussichtlich eine geringere Kapitalanlageverzinsung erwirtschaften.

Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir trotz der schwierigen Rahmenbedingungen moderat steigende Brutto-Beiträge, eine Combined Ratio (netto) von leicht unter 100 % und ein im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedrigeres Geschäftsergebnis.

/ Versicherungsweiggruppen, Versicherungsweige und -arten

Unfallversicherung

- Allgemeine Unfallversicherung
- Kraftfahrtunfallversicherung

Haftpflchtversicherung

- Haftpflchtversicherung
- Luftfahrt-Haftpflchtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflchtversicherung

Sonstige Kraftfahrtversicherung

- Fahrzeugvollversicherung
- Fahrzeugteilversicherung

Feuer- und Sachversicherung

- Feuerversicherung
- Verbundene Gebäudeversicherung
- Sonstige Sachversicherung
 - Einbruchdiebstahl und Raub(ED)-Versicherung
 - Leitungswasser(Lw)-Versicherung
 - Glasversicherung
 - Sturmversicherung
 - Technische Versicherungen
 - Versicherung zusätzlicher Gefahren
 - zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (EC)
 - Sonstige Sachschadenversicherung
 - Ausstellungsversicherung
 - Jagd- und Sportwaffenversicherung
 - Musikinstrumentversicherung
 - Fotoapparateversicherung
 - Kühlgüterversicherung
 - Reisegepäckversicherung
 - Valorenversicherung (privat)
 - Übrige und nicht aufgegliederte Sachschadenversicherung

Sonstige Versicherungen

- Transport- und Luftfahrtversicherung
- Beistandsleistungsverversicherung
- Betriebsunterbrechungs-Versicherung
- Sonstige Vermögensschadenversicherung
- Sonstige gemischte Versicherung
- Vertrauensschadenversicherung

Der Verband betreibt ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft.



JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017 DES BGV, KARLSRUHE

/ Aktiva

	2017			2016
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. KAPITALANLAGEN				
<i>I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</i>				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150.839.721,91			150.840.172
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.625.000,00			2.800.000
3. Beteiligungen	1.020.825,05			1.239.825
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>1.500.000,00</u>			1.500.000
		155.985.546,96		156.379.997
<i>II. Sonstige Kapitalanlagen</i>				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	125.364.455,75			108.334.345
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.245.000,00			2.156.400
3. Sonstige Ausleihungen	25.966.129,06			27.279.670
4. Einlagen bei Kreditinstituten	<u>24.750.000,00</u>			34.250.000
		<u>183.325.584,81</u>		172.020.415
			339.311.131,77	328.400.412

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017 DES BGV, KARLSRUHE

/ Aktiva

	2017			2016
	EUR	EUR	EUR	EUR
B. FORDERUNGEN				
<i>I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</i>				
1. Versicherungsnehmer	49.687,92			48.753
2. Versicherungsvermittler	<u>268.157,32</u>			909.931
		317.845,24		958.684
<i>II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>		1.023.057,36		2.679.533
<i>davon:</i> <i>Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:</i> <i>915.226,61 EUR (i. V. 817.730 EUR)</i>				
<i>III. Sonstige Forderungen</i>		3.063.108,51		1.405.760
<i>davon:</i> <i>Forderungen an verbundene Unternehmen:</i> <i>622.015,49 EUR (i. V. 29.672 EUR)</i>			4.404.011,11	5.043.977
C. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
<i>I. Sachanlagen und Vorräte</i>		12.876,75		12.643
<i>II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</i>		275.591,07		515.563
<i>III. Andere Vermögensgegenstände</i>		<u>1.000.000,00</u>		1.000.000
			1.288.467,82	1.528.206
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
<i>I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten</i>		370.191,39		583.700
<i>II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</i>		<u>0,00</u>		420
			370.191,39	584.120
E. AKTIVE LATENTE STEUERN			<u>6.053.733,31</u>	<u>6.564.605</u>
			351.427.535,40	342.121.320

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017 DES BGV, KARLSRUHE

/ Passiva

	2017		2016
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
<i>I. Eingefordertes Kapital</i>			
<i>Stammkapital</i>	679.450,00		655.950
<i>II. Gewinnrücklagen</i>			
<i>Sicherheitsrücklage</i>	<u>137.724.660,80</u>		134.051.661
		138.404.110,80	<u>134.707.611</u>
B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN			
<i>I. Beitragsüberträge</i>			
1. <i>Bruttobetrag</i>	338.453,00		345.022
2. <i>davon ab:</i>			
<i>Anteil für das in Rückdeckung gegebene</i>			
<i>Versicherungsgeschäft</i>	<u>131.871,00</u>		161.511
		206.582,00	183.511
<i>II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte</i>			
<i>Versicherungsfälle</i>			
1. <i>Bruttobetrag</i>	163.620.770,98		162.189.267
2. <i>davon ab:</i>			
<i>Anteil für das in Rückdeckung gegebene</i>			
<i>Versicherungsgeschäft</i>	<u>12.151.282,20</u>		12.598.800
		151.469.488,78	149.590.467
<i>III. Rückstellung für erfolgsabhängige und</i>			
<i>erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung</i>			
1. <i>Bruttobetrag</i>	9.173.756,53		7.006.399
2. <i>davon ab:</i>			
<i>Anteil für das in Rückdeckung gegebene</i>			
<i>Versicherungsgeschäft</i>	<u>61.386,00</u>		63.132
		9.112.370,53	6.943.267
<i>IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche</i>			
<i>Rückstellungen</i>		27.928.356,00	21.924.760
<i>V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen</i>		<u>690.191,00</u>	1.302.139
		189.406.988,31	<u>179.944.144</u>

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017 DES BGV, KARLSRUHE

/ Passiva

	2017		2016
	EUR	EUR	EUR
C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	16.841.874,00		16.378.442
II. Steuerrückstellungen	2.000.000,00		4.585.113
III. Sonstige Rückstellungen	<u>2.249.807,00</u>		1.922.884
		21.091.681,00	22.886.439
D. DEPOTVERBINDLICHKEITEN AUS DEM IN RÜCK-DECKUNG GEGEBENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT		495,60	519
E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	1.207.921,30		1.306.493
2. Versicherungsvermittlern	<u>0,00</u>		5
		1.207.921,30	1.306.498
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	161.521,07		172.963
III. Sonstige Verbindlichkeiten	1.154.817,32		3.103.146
davon:			
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen:			
837.346,82 EUR (i. V. 750.763 EUR)			
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:			
0,00 EUR (i. V. 312.242 EUR)			
aus Steuern:			
105.578,33 EUR (i. V. 1.578.189 EUR)			
		<u>2.524.259,69</u>	<u>4.582.607</u>
	Summe der Passiva	351.427.535,40	342.121.320

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II.1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341f und 341g HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist, Altbestand im Sinne von § 336 VAG ist nicht vorhanden.

Karlsruhe, den 17. Januar 2018

Die Verantwortliche Aktuarin

Stübner

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2017 BIS 31. DEZEMBER 2017 DES BGV, KARLSRUHE

/ Posten

	EUR	2017 EUR	EUR	2016 EUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	57.553.738,39			55.974.452
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	13.941.815,78			13.584.188
		43.611.922,61		42.390.264
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	6.569,00			-101.243
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-29.640,00			16.754
		-23.071,00		-84.489
			43.588.851,61	42.305.775
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			914.649,59	897.754
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			187.244,09	1.138.375
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	29.103.244,24			29.505.012
bb) Anteil der Rückversicherer	3.517.237,62			5.499.022
		25.586.006,62		24.005.990
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	1.431.504,19			11.404.704
bb) Anteil der Rückversicherer	447.517,65			1.659.054
		1.879.021,84		13.063.758
			27.465.028,46	37.069.748
5. Veränderung der sonstigen versicherungs- technischen Netto-Rückstellungen			611.948,00	-665.899
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			4.661.000,00	2.490.000
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		8.036.711,63		8.488.194
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinn- beteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		3.927.258,22		3.483.958
			4.109.453,41	5.004.236
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			123.726,56	356.670
9. Zwischensumme			8.943.484,86	-1.244.649
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			-6.003.596,00	4.779.148
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			2.939.888,86	3.534.499

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2017 BIS 31. DEZEMBER 2017 DES BGV, KARLSRUHE

/ Posten

	2017		2016
	EUR	EUR	EUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen	878.673,73		220.501
davon:			
aus verbundenen Unternehmen			
602.825,23 EUR (i. V. 11.329 EUR)			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.175.413,61		5.312.576
davon:			
aus verbundenen Unternehmen			
51.537,50 EUR (i. V. 54.862 EUR)			
c) Erträge aus Zuschreibungen	138.841,60		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.174.448,12</u>		0
		6.367.377,06	5.533.077
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	582.364,51		569.221
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	<u>0,00</u>		49.287
		<u>582.364,51</u>	618.508
		5.785.012,55	4.914.569
3. Technischer Zinsertrag		<u>914.661,00</u>	897.769
		4.870.351,55	4.016.800
4. Sonstige Erträge		1.056.559,67	1.529.136
5. Sonstige Aufwendungen		<u>4.198.506,85</u>	3.069.852
		-3.141.947,18	-1.540.716
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		<u>1.728.404,37</u>	2.476.084
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		<u>4.668.293,23</u>	6.010.583
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.107.362,13	1.634.248
9. Sonstige Steuern		<u>-112.068,90</u>	239.235
		<u>995.293,23</u>	1.873.483
10. Jahresüberschuss		3.673.000,00	4.137.100
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage		<u>3.673.000,00</u>	<u>4.137.100</u>
12. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>	<u>0</u>

ANHANG

/ Verwaltungsrat

VERTRETER DER STÄDTE UND GEMEINDEN

Ernst Schilling

Bürgermeister a. D. der Stadt Herbolzheim
Stellvertretender Vorsitzender
(bis 30.11.2017)

Michael Kessler

Bürgermeister der Gemeinde Heddesheim
Stellvertretender Vorsitzender
(ab 08.12.2017)

Wolfgang Dietz

Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein

Georg Eble

Bürgermeister der Gemeinde Wutöschingen

Ulrich Hintermayer

Bürgermeister der Stadt Kraichtal

Volker Kieber

Bürgermeister der Stadt Bad Krozingen
(ab 01.12.2017)

Dr. Rupert Kubon

Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen

Dr. Frank Mentrup

Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

Edith Schreiner

Oberbürgermeisterin der Stadt Offenburg

Bernd Siefertmann

Bürgermeister der Stadt Renchen

Prof. Dr. Eckart Würzner

Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

VERTRETER DES SPARKASSENVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG, STUTTGART

Dr. Joachim Herrmann

Verbandsgeschäftsführer des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, Stuttgart

VERTRETER DER LANDKREISE

Jürgen Bäuerle

Landrat des Landkreises Rastatt

Vorsitzender

Dorothea Störr-Ritter

Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald

VERTRETER DER ZWECKVERBÄNDE

Klaus Jehle

Bürgermeister der Gemeinde Hohberg

Vorsitzender des Zweckverbandes Gewerbepark Raum Offenburg

/ Vorstand

Heinz Ohnmacht

Vorsitzender

Prof. Edgar Bohn

Stellvertretender Vorsitzender

Raimund Herrmann

Vorstandsmitglied

/ Aufsicht

RECHTSAUFSICHT

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Michael Pope

Leitender Ministerialrat

Ständiger Beauftragter

Volker Jochimsen

Ministerialdirigent

Stellvertretender Ständiger Beauftragter

FACHAUFSICHT

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
Bereich Versicherungen, Bonn und Frankfurt am Main

**ANZAHL DER MINDESTENS EINJÄHRIGEN VERSICHERUNGSVERTRÄGE NACH
VERSICHERUNGSZWEIGGRUPPEN FÜR DAS SELBST ABGESCHLOSSENE
VERSICHERUNGSGESCHÄFT**

<i>Versicherungszweiggruppen, Versicherungszweige und -arten</i>	<i>Anzahl der Versicherungsverträge</i>	
	<i>am 31.12.2017 Stück</i>	<i>am 31.12.2016 Stück</i>
<i>UNFALLVERSICHERUNG</i>	1.913	1.903
<i>HAFTPFLICHTVERSICHERUNG</i>	2.949	2.933
<i>KRAFTFAHRZEUG-HAFTPFLICHTVERSICHERUNG</i>	21.287	20.853
<i>SONSTIGE KRAFTFAHRTVERSICHERUNG</i>	17.590	17.164
<i>FEUER- UND SACHVERSICHERUNG</i>	97.066	96.190
<i>davon:</i>		
<i> Feuerversicherung</i>	25.923	25.825
<i> Verbundene Gebäudeversicherung</i>	3.251	3.103
<i> Sonstige Sachversicherung</i>	67.892	67.262
<i>SONSTIGE VERSICHERUNGEN</i>	<u>2.737</u>	<u>2.468</u>
<i>GESAMTES GESCHÄFT</i>	<u>143.542</u>	<u>141.511</u>

ANGABEN ZUR GESELLSCHAFT

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband mit Sitz in der Durlacher Allee 56 in 76131 Karlsruhe ist Mutterunternehmen des Konzerns BGV / Badische Versicherungen und stellt den Konzernabschluss auf. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Im Geschäftsjahr 2017 waren keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt. Das zuständige Registergericht für den Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband ist das Amtsgericht Mannheim. Der Verband ist mit der Nummer HRA 104483 ins Handelsregister A des Amtsgerichts Mannheim eingetragen.

GRUNDSÄTZLICHE RECHTSVORSCHRIFTEN

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen sowie dem Versicherungsaufsichtsgesetz aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Posten werden nicht aufgeführt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

AKTIVA

Die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen ausgewiesen. Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht sind zum Nennwert bilanziert abzüglich Tilgungen. In den Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ist ein nachrangiges Schuldscheindarlehen in Höhe von 1,5 Mio. EUR enthalten.

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte die Zeitwertermittlung anhand eines Ertragswertverfahrens bzw. zu den fortgeführten Anschaffungskosten. Das Heranziehen der fortgeführten Anschaffungskosten geschah insbesondere aus Wirtschaftlichkeitsgründen. Bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen erfolgte die Zeitwertermittlung unter Zugrundelegung einer Zinsstrukturkurve auf Basis der Midswapsätze für Langläufer über 10 Jahre.

Die Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere werden grundsätzlich nach § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB wie Umlaufvermögen bewertet; fünf Investmentfonds sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Bei den wie Umlaufvermögen bewerteten Wertpapieren erfolgte die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 4 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die Bewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile an den Investmentfonds erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Der Zeitwert wird anhand des Rücknahmepreises ermittelt. Der Zeitwert der Aktien wurde aus Vereinfachungsgründen mit dem Buchwert angesetzt. Der Zeitwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile beträgt 64.823 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 60.990 Tsd. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 3.864 Tsd. EUR sowie stille Lasten in Höhe von 31 Tsd. EUR. Die stillen Lasten resultieren aus der Differenz der Buchwerte in Höhe von 1.499 Tsd. EUR zu den Zeitwerten in Höhe von 1.468 Tsd. EUR bei Rentenfonds. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind sowohl dem Anlagevermögen als auch dem Umlaufvermögen zugeordnet. Erstgenannte wurden zu Anschaffungskosten gem. § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Letztgenannte werden zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip gem. § 341 Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB. Im Vorjahr erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 46 Tsd. EUR. Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gem. § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen. Der Zeitwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibung beträgt 5.033 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 5.043 Tsd. EUR bestehen insgesamt stille Lasten in Höhe von 10 Tsd. EUR bei einer Bundesanleihe. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da nicht von einer dauerhaften

Wertminderung auszugehen ist. Die Zeitwerte wurden anhand der Börsenkurse am Bilanzstichtag ermittelt.

Namensschuldverschreibungen und Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert bewertet.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgt je Papier bzw. Einlage unter Zugrundelegung von Zinsstrukturkurven bzw. durch Heranziehen von Referenzanleihen. Im kurzen Laufzeitbereich werden Euriborwerte, für Laufzeiten über einem Jahr Midswapsätze verwendet. Das Emittentenrisiko wird durch einen Spread berücksichtigt.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer sind zum Nennwert bilanziert.

Abrechnungsforderungen und Sonstige Forderungen wurden mit dem Nennwert bzw. in einem Fall geschätzt bilanziert und laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Nennwert bilanziert. Im Geschäftsjahr wurden die Abrechnungsforderungen teilweise sowie die zugehörigen versicherungstechnischen Posten des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 27 Abs. 3 RechVersV um ein Jahr zeitversetzt gebucht bzw. auf Basis der Vorjahresbeträge für den Monat Dezember geschätzt. Der Umfang dieser Geschäfte ist von untergeordneter Bedeutung.

Die Anderen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Der Posten Aktive latente Steuern gemäß § 274 Abs. 1 HGB resultiert aus zeitlich begrenzten Unterschiedsbeträgen zwischen der Handels- und Steuerbilanz und dem steuerlichen Verlustvortrag. Auf die Unterschiedsbeträge wurden Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer gerechnet.

PASSIVA

Die Beitragsüberträge wurden nach der 1/12-Methode auf der Grundlage der Bestandsbeiträge ermittelt. In geringem Umfang werden Pauschalsätze verwendet. Für die Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile wird das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde gelegt, laut dessen in der Schaden- und Unfallversicherung 85 Prozent der Provisionen und Vertreterbezüge sowie Teile der Direktionspersonalkosten nicht übertragen werden können. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden gemäß den bestehenden Rückversicherungsverträgen angesetzt bzw. in gleicher Weise wie brutto ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde je Einzelschaden ermittelt. Außerdem wurde für noch nicht bekannte Ereignisse nahezu in allen Versicherungszweigen und -arten eine Spätschadenrückstellung gebildet.

Die Spätschadenrückstellung wurde unter Berücksichtigung der Aufwendungen und Stückzahlen für Spätschäden auf Basis des Chain-Ladder-Verfahrens gebildet.

Die Berechnung der Schadenregulierungskosten erfolgte unter Berücksichtigung des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973.

Die Renten-Deckungsrückstellung wurde unter Zugrundelegung der DAV-Sterbetafel 2006 HUR berechnet. Der Rechnungszinsfuß beträgt 2,25 % für Schadeneintritte bis zum 31. Dezember 2011, 1,75 % für Schadeneintritte nach dem 31. Dezember 2011, 1,25 % für Schadeneintritte nach dem 31. Dezember 2014 und 0,9 % (Höchstrechnungszinsfuß) für Schadeneintritte nach dem 31.12.2016.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden entsprechend den Abrechnungen mit den Rückversicherern angesetzt.

Regressforderungen und Forderungen, die auf Teilungsabkommen basieren, sind je Einzelfall ermittelt und von den Rückstellungen abgesetzt.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde auf der Grundlage entsprechender mathematischer Modelle auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet. Es handelt sich hierbei um eine Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung, die entsprechend der Abrechnungen mit den Rückversicherern um die Anteile der Rückversicherer reduziert wurde. Die Bildung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgte satzungsgemäß.

Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden nach § 341h HGB, § 29 bzw. § 30 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV gebildet.

Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen, die auf der Grundlage eines entsprechenden mathematischen Modells auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet wurde, eine Rückstellung gegenüber der Verkehrsoferhilfe e.V. gemäß Aufgabe des Vereins sowie eine Rückstellung für drohende Verluste. Grundlage für die Bemessung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften bildeten die nach dem Bilanzstichtag zu erwartenden Schäden und Kosten, die durch Beiträge und Zinserträge voraussichtlich nicht gedeckt werden können.

Die nichtversicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG hat auf Basis realistischer Annahmen zu erfolgen. Künftige Gehaltserhöhungen und künftige Rentenanpassungen sowie Annahmen über Kündigungsraten sind in die Berechnungen gemäß BilMoG einzubeziehen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Abzinsung erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Rechnungszins beruht auf dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre. Der für die Vergleichsrechnung herangezogene durchschnittliche Marktzins der vergangenen sieben Jahre beträgt 2,80 %. Der sich hieraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjähri-

gen und des zehnjährigen Durchschnittzinssatzes beläuft sich auf 1.391 Tsd. EUR und unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Folgende Parameter wurden angesetzt:

Pensionsalter	63 Jahre
Gehaltsdynamik	2,20 % p.a.
Rentendynamik	1,60 % p.a.
Zinssatz¹⁾	3,68 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2017, fortgeschrieben auf den 31.12.2017

Die Zinszuführung zur Pensionsrückstellung belief sich auf 1.216 Tsd. EUR.

Die unter den Posten Sonstige Rückstellungen ausgewiesene Rückstellung für Beihilfeleistungen wurde basierend auf den biometrischen Grundwerten nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode. Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung zugrunde:

Kosten und Preissteigerungen	2,00 % p.a.
Zinssatz¹⁾	2,80 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2017, fortgeschrieben auf den 31.12.2017

Die Zinszuführung zur Rückstellung für Beihilfeleistungen belief sich auf 123 Tsd. EUR.

Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft werden mit den Beträgen bilanziert, die sich aus den Verträgen der Rückversicherer ergeben. Diese Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie die sonstigen Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Bei dem Posten „Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung“ handelt es sich um Zinszuführungen zur Brutto-Renten-Deckungsrückstellung in den selbst abgeschlossenen Unfall- und Haftpflichtversicherungen, abzüglich der Rückversicherungsanteile (Depotzinsen gemäß der vertraglichen Grundlagen).

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A I UND A II IM GESCHÄFTSJAHR 2017

	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Umbuchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Zuschreibungen Tsd. EUR	Abschreibungen Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
A. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150.840	-	-	-	-	-	150.840
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.800	-	-	175	-	-	2.625
3. Beteiligungen	1.240	-	-	312	93	-	1.021
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.500	-	-	-	-	-	1.500
5. Summe A. I.	156.380	-	-	487	93	-	155.986
A. II. Sonstige Kapitalanlagen							
Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	108.334	20.060	-	3.030	-	-	125.364
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.156	5.043	-	-	46	-	7.245
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	3.000	-	-	-	-	-	3.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	23.689	6.458	-	8.406	-	-	21.741
c) übrige Ausleihungen	591	787	-	153	-	-	1.225
4. Einlagen bei Kreditinstituten	34.250	-	-	9.500	-	-	24.750
5. Summe A. II.	172.020	32.348	-	21.089	46	-	183.325
Insgesamt	328.400	32.348	-	21.576	139	-	339.311

Angabe von Zeitwert und Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR	Stille Reserven Geschäftsjahr Tsd. EUR	Stille Lasten Geschäftsjahr Tsd. EUR	Zeitwerte Vorjahr Tsd. EUR	Stille Reserven Vorjahr Tsd. EUR	Stille Lasten Vorjahr Tsd. EUR
A. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	212.125	61.285	-	179.598	28.758	-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.829	204	-	3.070	270	-
3. Beteiligungen	4.849	3.828	-	4.974	3.734	-
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.621	121	-	1.497	-	3
5. Summe A. I.	221.424	65.438	-	189.139	32.762	3
A. II. Sonstige Kapitalanlagen						
Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	142.112	16.779	31	124.466	16.195	63
(davon Anlagevermögen)	64.823	3.864	31	53.064	4.159	63
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.284	49	10	2.156	-	-
(davon Anlagevermögen)	5.033	-	10	-	-	-
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	3.209	209	-	3.037	37	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	22.591	850	-	25.239	1.550	-
c) übrige Ausleihungen	1.435	210	-	688	97	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	24.865	115	-	34.516	266	-
5. Summe A. II.	201.496	18.212	41	190.102	18.145	63
Insgesamt	422.920	83.650	41	379.241	50.907	66

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ

/ Aktiva

KAPITALANLAGEN IN VERBUNDENE UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

	Anteil %	Geschäftsjahr	Eigenkapital Tsd. EUR	Jahresergebnis Tsd. EUR
1. Anteile an verbundenen Unternehmen				
BGV-Versicherung AG, Karlsruhe	99,72	2017	97.945	5.827
Badische Rechtsschutzversicherung AG, Karlsruhe	100,00	2017	11.940	831
BGV Immobilien Verwaltung GmbH, Karlsruhe	100,00	2017	32	1
BGV Immobilien GmbH & Co. KG, Karlsruhe	100,00	2017	79.903	894

2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Im Jahr 2012 wurde der BGV Immobilien GmbH & Co. KG ein Darlehen in Höhe von 3.500.000 EUR auf 20 Jahre gewährt. Es ist mit 5 % p. a. der ursprünglichen Darlehenssumme zu tilgen. Das Darlehen ist zum 31.12. mit 1,9 % p. a. zu verzinsen. Der Zinssatz ist variabel und kann jeweils zu Beginn eines neuen Quartals den veränderten Marktverhältnissen angepasst werden.

	Anteil %	Geschäftsjahr ¹⁾	Eigenkapital Tsd. EUR	Jahresergebnis Tsd. EUR
3. Beteiligungen				
Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf	0,77	2016	184.779	13.902
Consal Beteiligungsgesellschaft AG, München	0,45	2016	315.800	43.500
GDV-Dienstleistungs-GmbH & Co. KG, Hamburg	0,33	2016	21.773	1.215

¹⁾ Der Jahresabschluss 2017 ist noch nicht veröffentlicht

4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Es besteht ein Schuldscheindarlehen mit Nachrangabrede in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

ANGABE ZU DEN ANTEILEN AN SONDERVERMÖGEN ISD. § 285 NR. 26 HGB

Art des Fonds	Gemischter Fonds I 2017 EUR	Gemischter Fonds II 2017 EUR	Renten Fonds 2017 EUR
Buchwert 31.12.	59.456.620	33.808.358	19.184.509
Marktwert 31.12.	72.250.354	37.278.640	19.390.745
Bewertungsreserve 31.12.	12.793.734	3.470.282	206.237
Ausschüttung GJ	1.825.288	856.430	280.518
Tägliche Rückgabe möglich	Ja	Ja	Ja
Unterlassene Abschreibung	Nein	Nein	Nein

Art des Fonds	Gemischter Fonds I 2016 EUR	Gemischter Fonds II 2016 EUR	Renten Fonds 2016 EUR
Buchwert 31.12.	59.331.622	28.502.174	13.938.800
Marktwert 31.12.	71.367.991	31.619.483	14.510.266
Bewertungsreserve 31.12.	12.036.369	3.117.309	571.466
Ausschüttung GJ	2.455.568	838.641	205.714
Tägliche Rückgabe möglich	Ja	Ja	Ja
Unterlassene Abschreibung	Nein	Nein	Nein

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	2017 EUR	2016 EUR
I. Sachanlagen und Vorräte		
Vorräte	12.877	12.643
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	275.591	515.563
III. Andere Vermögensgegenstände		
Kulturgüter	1.000.000	1.000.000

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern beruhen auf Abweichungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz bei den Posten Anteile an verbundenen Unternehmen, Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Andere Rückstellungen sowie auf einen künftig nutzbaren steuerlichen Verlustvortrag aus Gewerbesteuer, dessen Inanspruchnahme in den nächsten Jahren realisiert werden kann. Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 30,9 %.

Der Aktivierte Betrag in Höhe von 6.053.733,31 EUR unterliegt einer Ausschüttungssperre im Rahmen einer Gewinnausschüttung an die Mitglieder.

/ Passiva

EIGENKAPITAL

I. Eingefordertes Kapital

Stammkapital

Das Stammkapital hat sich durch den Beitritt von einem Mitglied, den Abgang von sechs Mitgliedern sowie durch Neuberechnung auf der Basis der jährlichen Beiträge je Mitglied von 655.950 EUR auf 679.450 EUR erhöht.

II. Gewinnrücklagen

	<i>EUR</i>
<i>Sicherheitsrücklage per 1. Januar 2017</i>	134.051.661
<i>Einstellung aus dem Jahresüberschuss gemäß § 20 der Satzung</i>	<u>3.673.000</u>
<i>Sicherheitsrücklage per 31. Dezember 2017</i>	137.724.661

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Versicherungszweiggruppen, 2017				2016		
Versicherungs- arten	Versiche- rungs- technische Bruttorück- stellungen insgesamt	davon: Bruttorück- stellung für noch nicht abgewickelte Versiche- rungsfälle	davon: Schwan- kungsrück- stellung und ähnliche Rückstel- lungen	Versiche- rungs- technische Bruttorück- stellungen insgesamt	davon: Bruttorück- stellung für noch nicht abgewickelte Versiche- rungsfälle	davon: Schwan- kungsrück- stellung und ähnliche Rückstel- lungen
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Unfallversicherung	1.587.290	784.251	0	1.421.742	753.643	45.741
Haftpflichtversicherung	138.281.894	123.396.372	14.881.221	131.876.063	122.456.678	9.408.006
Kraftfahrzeug- Haftpflichtversicherung	6.988.241	4.824.333	2.143.106	6.171.561	4.827.204	1.323.712
Sonstige Kraftfahrt- versicherung	1.359.772	1.037.393	316.152	1.206.938	873.398	326.042
Feuer- und Sachversicherung	25.393.332	12.205.389	3.825.640	25.073.156	12.221.646	4.865.263
davon:						
Feuerversicherung	6.524.944	4.379.650	779.411	5.665.916	4.598.753	351.736
Verbundene Gebäude- versicherung	2.062.276	1.242.510	199.766	1.942.445	732.445	0
Sonstige Sachversicherung ¹⁾	16.806.112	6.583.229	2.846.463	17.464.795	6.890.448	4.513.527
Sonstige Versicherungen	28.140.999	21.373.033	6.762.237	27.018.127	21.056.698	5.955.996
Gesamtes Versicherungsgeschäft	201.751.528	163.620.771	27.928.356	192.767.587	162.189.267	21.924.760

¹⁾ In der Schwankungsrückstellung ist die Rückstellung für Terrorrisiken in Höhe von 63.200 EUR (i. V. 55.900 EUR) enthalten.

Die versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen beinhalten eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 0,6 Mio. EUR (i. V. 1,2 Mio. EUR).

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

III. Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen betreffen im Geschäftsjahr überwiegend Verpflichtungen für Beihilfeleistungen in Höhe von 1.712.507 EUR.

ANDERE VERBINDLICHKEITEN

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzbetrag setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016
	EUR	EUR
<i>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Abrechnungsverkehr</i>	837.347	750.763
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen eine Beteiligung besteht</i>	0	312.242
<i>Steuerverbindlichkeiten</i>	105.578	1.578.189
<i>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	29.695	77.407
<i>Sonstiges</i>	<u>182.197</u>	<u>384.545</u>
	<u>1.154.817</u>	<u>3.103.146</u>

SONSTIGE PFLICHTANGABEN GEMÄß § 285 NR. 1 BUCHSTABE A HGB

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

**ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2017 BIS 31. DEZEMBER 2017**

Versicherungszweiggruppen, Versicherungszweige und -arten	Gebuchte Brutto- Beiträge	Verdiente Brutto- Beiträge	Verdiente Netto- Beiträge
	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR
<i>Unfallversicherung</i>	1.150.798	1.150.945	983.617
<i>Haftpflichtversicherung</i>	16.637.044	16.637.223	16.293.150
<i>Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung</i>	5.089.680	5.089.675	4.699.000
<i>Sonstige Kraftfahrtversicherung</i>	3.481.491	3.481.462	3.350.152
<i>Feuer- und Sachversicherung</i>	25.734.786	25.740.959	14.941.556
<i>davon:</i>			
<i>Feuerversicherung</i>	7.031.400	7.031.400	2.259.586
<i>Verbundene Gebäudeversicherung</i>	903.535	903.535	477.329
<i>Sonstige Sachversicherung</i>	17.799.851	17.806.024	12.204.641
<i>Sonstige Versicherungen</i>	<u>5.459.939</u>	<u>5.460.043</u>	<u>3.321.377</u>
<i>Gesamtes Versicherungsgeschäft</i>	<u>57.553.738</u>	<u>57.560.307</u>	<u>43.588.852</u>
	2016 EUR	2016 EUR	2016 EUR
<i>Unfallversicherung</i>	1.137.251	1.137.247	982.016
<i>Haftpflichtversicherung</i>	16.462.987	16.462.988	15.995.970
<i>Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung</i>	4.888.715	4.888.759	4.553.709
<i>Sonstige Kraftfahrtversicherung</i>	3.266.107	3.266.102	3.138.417
<i>Feuer- und Sachversicherung</i>	25.123.948	25.022.673	14.445.804
<i>davon:</i>			
<i>Feuerversicherung</i>	6.863.639	6.863.639	2.171.781
<i>Verbundene Gebäudeversicherung</i>	770.858	770.858	395.726
<i>Sonstige Sachversicherung</i>	17.489.451	17.388.176	11.878.297
<i>Sonstige Versicherungen</i>	<u>5.095.444</u>	<u>5.095.440</u>	<u>3.189.859</u>
<i>Gesamtes Versicherungsgeschäft</i>	<u>55.974.452</u>	<u>55.873.209</u>	<u>42.305.775</u>

Versicherungszweiggruppen, Versicherungszeige und -arten	Bruttoaufwen- dungen für Versiche- rungsfälle	Bruttoaufwen- dungen für den Versiche- rungsbetrieb	Rück- versiche- rungs- saldo	Versicherungs- technisches Ergebnis f. e. R.
	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR
<i>Unfallversicherung</i>	430.293	141.268	-24.249	220.971
<i>Haftpflichtversicherung</i>	11.540.566	1.938.971	-109.310	-1.339.812
<i>Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung</i>	3.801.925	910.249	-381.517	-802.312
<i>Sonstige Kraftfahrtversicherung</i>	3.527.881	514.687	-113.062	-662.978
<i>Feuer- und Sachversicherung</i>	8.306.814	4.047.124	-5.742.882	4.896.516
<i>davon:</i>				
<i> Feuerversicherung</i>	1.705.095	1.158.771	-2.520.074	392.018
<i> Verbundene Gebäudeversicherung</i>	1.085.553	164.338	170.811	201.810
<i> Sonstige Sachversicherung</i>	5.516.166	2.724.015	-3.393.619	4.302.688
<i>Sonstige Versicherungen</i>	<u>2.927.269</u>	<u>484.413</u>	<u>-603.458</u>	<u>627.504</u>
<i>Gesamtes Versicherungsgeschäft</i>	<u>30.534.748</u>	<u>8.036.712</u>	<u>-6.974.478</u>	<u>2.939.889</u>
	2016 EUR	2016 EUR	2016 EUR	2016 EUR
<i>Unfallversicherung</i>	213.882	158.576	-24.471	568.634
<i>Haftpflichtversicherung</i>	21.149.636	2.067.233	582.729	-63.738
<i>Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung</i>	3.399.482	1.042.393	-322.413	-1.255.780
<i>Sonstige Kraftfahrtversicherung</i>	3.337.706	573.420	-108.956	-594.809
<i>Feuer- und Sachversicherung</i>	9.478.123	4.164.453	-5.490.694	4.354.311
<i>davon:</i>				
<i> Feuerversicherung</i>	1.907.187	1.206.689	-2.500.844	316.739
<i> Verbundene Gebäudeversicherung</i>	892.881	204.485	-174.880	-1.152.238
<i> Sonstige Sachversicherung</i>	6.678.055	2.753.279	-2.814.970	5.189.810
<i>Sonstige Versicherungen</i>	<u>3.330.886</u>	<u>482.119</u>	<u>-879.703</u>	<u>525.881</u>
<i>Gesamtes Versicherungsgeschäft</i>	<u>40.909.715</u>	<u>8.488.194</u>	<u>-6.243.508</u>	<u>3.534.499</u>

Die Abwicklung der Brutto-Rückstellung für Vorjahres-Versicherungsfälle führte im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft zu einem Abwicklungsgewinn in Höhe von 9,0 Mio. EUR. Dieser resultiert überwiegend aus den Versicherungszweigen Haftpflichtversicherung und Feuerversicherung.

Die Abwicklung der Rückversichereranteile ergab einen Abwicklungsverlust von 0,5 Mio. EUR.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb enthalten:

	2017 EUR	2016 EUR
a) Abschlussaufwendungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3.240.223	3.590.212
b) Verwaltungsaufwendungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	4.796.489	4.897.982
Gesamt	<u>8.036.712</u>	<u>8.488.194</u>

ERTRÄGE AUS KAPITALANLAGEN

Die anrechenbare Kapitalertragsteuer in Höhe von 11.329 EUR wurde für das Geschäftsjahr 2016 von dem Posten "Erträge aus anderen Kapitalanlagen" in den Posten "Erträge aus Beteiligungen" umgegliedert.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2017 EUR	2016 EUR
a) Laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	596.490	1.077.868
b) Latente Steuern	<u>510.872</u>	<u>556.380</u>
Gesamt	<u>1.107.362</u>	<u>1.634.248</u>

PERSONAL-AUFWENDUNGEN

	2017 EUR	2016 EUR
1. Löhne und Gehälter	873.055	863.499
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	54.553	25.572
3. Aufwendungen für Altersversorgung	<u>43.314</u>	<u>260.717</u>
Aufwendungen insgesamt	<u>970.922</u>	<u>1.149.788</u>

/ Sonstige Angaben

Als Mitglied des Allgemeinen Kommunalen Haftpflichtschaden-Ausgleichs (AKHA) hat der BGV Haftpflichtentschädigungen, die die Mitglieder des AKHA für Gebietskörperschaften zu leisten haben, im Rahmen des Haftungsausgleichs der Mitglieder anteilig mitzutragen; eine Summenbegrenzung besteht nicht.

Der BGV ist Mitglied der Vereine „Verkehrsofferhilfe e. V.“ und „Deutsches Büro Grüne Karte e. V.“. Aufgrund der Mitgliedschaft ist er verpflichtet, den Vereinen die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar entsprechend seinem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben.

Der BGV haftet als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer, Düsseldorf, in Höhe seiner nicht eingezahlten und nicht eingeforderten Anteile von 39.130 EUR an dessen Stammkapital von nominal 13.000.000 EUR. Da sich die Verbandsmitglieder darüber einig sind, dass die Stammkapitalanteile nicht eingefordert werden sollen und sie demnach mehr den Charakter einer Haftungssumme als einer Beteiligung tragen, wurde auf die Bilanzierung verzichtet.

Als Mitglied des Solidaritätspools der öffentlichen Versicherer haftet der BGV seit 1. Januar 2002 für Terrorismusschäden im Rahmen seiner quotenmäßigen Beteiligung. Durch stabile innenpolitische Rahmenbedingungen ist auch weiterhin nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen.

An Aufwendungen (ohne Auslagenerstattungen aufgrund des Landesreisekostengesetzes) an den Verwaltungsrat haben wir 68.920 EUR gezahlt.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen betragen 416.777 EUR. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen sind 5.126.229 EUR zurückgestellt. Die Bezüge der Vorstandsmitglieder belaufen sich auf 938.480 EUR.

An Pensionsverpflichtungen für den Vorstand haben wir einen Betrag von 6.369.210 EUR passiviert.

Geschäfte mit nahestehenden Personen erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Von der Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers wurde in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 285 Nr. 17 HGB abgesehen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag des Geschäftsjahres eingetreten sind und weder in der GuV noch in der Bilanz berücksichtigt sind, sind nicht eingetreten.

Karlsruhe, den 19. März 2018

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband

Der Vorstand

Ohnmacht

Prof. Bohn

Herrmann

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

/ An den Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Verbands zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbands. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR UNSERE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

BEWERTUNG DER ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang zu dem Punkt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Aktiva. Risikoangaben finden sich im Risikobericht als Teil des Lageberichts unter dem Punkt Risiken aus Kapitalanlagen – Marktpreisrisiko.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind nicht an einem aktiven Markt notiert und betragen EUR 151,9 Mio. Dies sind 43,2 % der Bilanzsumme.

In Bezug auf die Buchwerte besteht bei Kapitalanlagen das grundsätzliche Risiko, dass der beizulegende Wert zum Bilanzstichtag unterhalb des Buchwertes liegt und eine erforderliche Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert unterbleibt.

Insbesondere liegt bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ein erhöhtes Risiko deshalb vor, weil bei diesen die beizulegenden Werte nicht aus aktiven Märkten am Bilanzstichtag abgeleitet werden können. Die Ermittlung der beizulegenden Werte dieser Anteile ist komplex und beruht auf einer Anwendung verschiedener Bewertungsverfahren unter Einbezug einer Reihe ermessens- und schätzungsbehafteter Faktoren. Die bedeutsamsten Annahmen sind die Planungsprämissen zu den erwarteten Erträgen (z. B. Beiträge und Zinsüberschüsse) und Aufwendungen (z. B. Schaden- und Verwaltungsaufwendungen) sowie die zur Diskontierung verwendeten Kapitalisierungszinsen.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen haben wir als Teil des Prüfungsteams auch Unternehmensbewertungsspezialisten eingesetzt und folgende wesentliche Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben für die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen die Angemessenheit der jeweils verwendeten Bewertungsverfahren geprüft.
- Soweit der beizulegende Wert anhand des Ertragswertverfahrens ermittelt wurde, haben wir für die Anteile an verbundenen Unternehmen, welche alle operativen Tochterunternehmen umfassten, im Rahmen der Planungsplausibilisierung insbesondere die bedeut-

- samsten Planungsprämissen gewürdigt. Hierbei haben wir auf unsere Erkenntnisse aus früheren und der laufenden Abschlussprüfung sowie auf mandantenseitig und öffentlich verfügbare Informationen zurückgegriffen. Erhaltene Erläuterungen und Unterlagen haben wir gewürdigt.
- Außerdem haben wir für diese Auswahl die uns vorgelegten Planungen mit den von den zuständigen Vorständen genehmigten Planungen abgeglichen. Ebenso haben wir in einem retrospektiven Vergleich die Planungen aus dem Vorjahr mit der tatsächlich erzielten Geschäftsentwicklung abgeglichen und die Abweichungen gewürdigt.
- Die zur Abzinsung verwendeten Kapitalisierungszinsen und deren Ermittlung gemäß des Capital Asset Pricing Modells haben wir geprüft. Dies betraf den Basiszins und die Marktrisiko­prämie sowie die individuell festzulegenden Betafaktoren und Wachstumsabschläge.
- Für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, deren Zeitwert mittels eines Ertragswertverfahrens durch Externe (z. B. Immobiliengutachter, andere beteiligte Unternehmen) ermittelt wurde, haben wir für eine Auswahl die beizulegenden Werte mit den bei dem Verband verfügbaren Informationen abgestimmt unter der Berücksichtigung von Kapitalveränderungen bis zum Bilanzstichtag.
- Ferner haben wir die Abgänge sowie die Zuschreibungen überprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen steht insgesamt im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Die verwendeten Bewertungsverfahren und Parameter sind insgesamt angemessen.

BEWERTUNG DER NICHT NOTIERTEN WERTPAPIERE UND FORDERUNGEN

Der BGV hält zum Zweck der Kapitalanlage Anleihen in Form nicht notierter Wertpapiere und Forderungen. Diese werden im Jahresabschluss ausgewiesen in den Bilanzposten Sonstige Kapitalanlagen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang zu dem Punkt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Aktiva. Risikoangaben finden sich im Risikobericht als Teil des Lageberichts unter den Punkten Risiken aus Kapitalanlagen Marktpreisrisiko sowie Ausfallrisiko aus Kapitalanlagen.

RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Sofern keine notierten Preise für identische Wertpapiere und Forderungen auf aktiven Märkten verfügbar sind, werden zur Ermittlung des beizulegenden Werts Bewertungsverfahren herangezogen. Für diese Wertermittlung werden auf Marktdaten basierende Parameter (insbesondere Zinsstrukturkurven und bonitätsgerechte Zinsaufschläge (Spreads)) herangezogen.

Die Buchwerte der nichtnotierten Wertpapiere und Forderungen betragen EUR 30,1 Mio. Dies sind 8,6 % der Bilanzsumme.

Es besteht das grundsätzliche Risiko bei Kapitalanlagen, dass der beizulegende Wert in unzutreffender Höhe ermittelt wurde. Bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Kapitalanlagen besteht das Risiko, dass ein Wertminderungsbedarf nicht in der zutreffenden Höhe ermittelt wird und eine Ab- bzw. Zuschreibung infolgedessen unterbleibt.

Ein erhöhtes Risiko liegt bei den nicht notierten Wertpapieren und Forderungen vor, bei denen keine Zeitwerte aus den aktiven Märkten am Bilanzstichtag ermittelt werden können. Bei diesen Finanzinstrumenten sind komplexe Bewertungsverfahren erforderlich. In diese Bewertungsverfahren fließen zudem Parameter ein, die ermessensbehaftet sind.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unsere Prüfung der nicht notierten Wertpapiere und Forderungen beinhaltete insbesondere folgende Tätigkeiten:

- Wir haben den Prozess der Erfassung der Bestandsdaten und der Parameter in das Bestandsführungssystem einschließlich der hierzu eingerichteten Kontrollen geprüft. Wir haben uns durch Funktionsprüfungen von der Wirksamkeit der installierten Kontrollen überzeugt.
- Wir haben die verwendeten Parameter mit den am Markt beobachtbaren Parametern abgeglichen. Soweit Parameter nicht am Markt beobachtbar waren, haben wir unter anderem die verwendeten Zinsstrukturkurven und die verwendeten Spreads für ausgewählte Wertpapiere und Forderungen nachvollzogen und beurteilt. Wir haben die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsverfahren geprüft.
- Darüber hinaus haben wir für eine Auswahl von Wertpapieren und Forderungen mit eigenen EDV-Programmen ebenfalls Berechnungen des Zeitwerts vorgenommen und mit den von dem Verband ermittelten Werten verglichen.
- Für die wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapiere und Forderungen haben wir geprüft, ob die Zu- und Abschreibungen zutreffend vorgenommen wurden.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Bewertung der nicht notierten Wertpapiere und Forderungen steht insgesamt im Einklang mit den Rechnungslegungsnormen nach HGB. Die verwendeten Bewertungsverfahren und Parameter sind insgesamt angemessen.

BEWERTUNG DER BRUTTO-RÜCKSTELLUNG FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE IM SELBST ABGESCHLOSSENEN SCHADEN-/UNFALL-VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang zum Punkt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Passiva. Risikoangaben finden sich im Risikobericht als Teil des Lageberichts unter dem Punkt Versicherungstechnische Risiken.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Der Verband weist in seinem Jahresabschluss eine Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von EUR 163,6 Mio. aus (rd. 47 % der Bilanzsumme).

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle teilt sich in verschiedene Teilschadenrückstellungen auf. Die Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle betrifft den wesentlichen Teil der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB, § 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle werden nach dem voraussichtlichen Aufwand für jeden einzelnen Schadenfall geschätzt. Für noch nicht bekannte Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die nach Erfahrungssätzen berechnet wurden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht bzw. nicht in ausreichendem Umfang berücksichtigt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und folgende wesentliche Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit denen die zeitnahe Erfassung und Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, sachgerecht aufgebaut waren und wirksam durchgeführt wurden.

- Für einen Teilbestand von Versicherungsfällen haben wir die Höhe einzelner Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnungen des Verbands zur Ermittlung der unbekanntem Spätschäden geprüft. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Versicherungszweige durchgeführt. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung sowie eine angemessene Bandbreite mithilfe von statistischen Wahrscheinlichkeiten bestimmt und diese mit den Berechnungen des Verbands verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten, durchschnittlichen Schadenhöhen und Abwicklungsgeschwindigkeiten sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Bewertung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle steht insgesamt im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DES VORSTANDS UND DES VERWALTUNGSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Be-

langen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbands vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Verbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Verbands zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der

Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Verbands abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Verbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbands vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ART. 10 EU-APRVO

Wir wurden in der Verwaltungsratssitzung vom 24. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 23. Juni 2017 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2014 als Abschlussprüfer des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Verwaltungsrat nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

Neben dem Jahresabschluss und Lagebericht haben wir auch den Konzernabschluss und Konzernlagebericht des Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, die Jahresabschlüsse und Lageberichte der von dem Verband beherrschten Unternehmen, den Abhängigkeitsbericht eines von dem Verband beherrschten Versicherungsunternehmens sowie die Solvabilitätsübersichten auf Einzel- und Gruppenebene des Verband und die Solvabilitätsübersichten der von dem Verband beherrsch-

ten Versicherungsunternehmen geprüft. Zudem haben wir für den Verband Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung betrieblicher Steuererklärungen und der Erläuterung steuerlicher Einzelsachverhalte erbracht. Steuerberatungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung betrieblicher Steuererklärungen haben wir auch für die von dem Verband beherrschten Unternehmen erbracht.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Christof Hasenburg.

Berlin, den 29. März 2018

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hasenburg
Wirtschaftsprüfer

Horst
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr 2017 die Geschäftsführung überwacht und war in alle Angelegenheiten mit grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft unmittelbar eingebunden; sämtliche nach dem Gesetz und den Vorgaben der Satzung zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurden dem Verwaltungsrat zur Entscheidung vorgelegt.

In insgesamt vier Sitzungen sowie über die schriftlich erfolgende Quartalsberichterstattung wurde der Verwaltungsrat vom Vorstand regelmäßig und umfassend über die Lage der Gesellschaft und die wesentlichen Geschäftsvorfälle unterrichtet. Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung in den einzelnen Segmenten wurde ausführlich behandelt. Gleichmaßen intensiv hat sich der Verwaltungsrat unter dem Themenkomplex des Risikomanagements über die aktuelle Risikosituation informiert, sowohl in den einzelnen Sitzungen als auch über die jeweiligen Berichterstattungen in den Risikoberichten und -informationen. So wurde mit dem Jahresabschluss 2016 erstmalig eine vollständige Risikoberichterstattung nach Solvency II durchgeführt. In einem funktionierenden Governance-System sind nach Solvency II vier Schlüsselfunktionen einzurichten. Um dem Verwaltungsrat einen Überblick über die Organisation im Governance-System zu verschaffen, stellten die Verantwortlichen der Schlüsselfunktionen ihre Aufgaben persönlich vor. Ferner ließ der Verwaltungsrat sich vom Vorstand über alle relevanten Gesichtspunkte der strategischen Ausrichtung und Planung berichten. Hierzu wurde er auch umfassend über die aktuelle Rückversicherungsstrategie des Konzerns informiert.

Daneben wurden die Kapitalanlagestrategie sowie das Anlageportfolio des BGV eingehend besprochen, um die Entwicklungen am Kapitalmarkt und die dadurch zu erwartenden Auswirkungen auf das nichtversicherungstechnische Ergebnis bewerten zu können.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss 2017 und der Lagebericht 2017 sind unter Einbeziehung der Buchführung der Gesellschaft von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Verwaltungsrates teilgenommen und über das Ergebnis seiner Prüfung berichtet. Der Bericht des Abschlussprüfers lag dem Verwaltungsrat vor; er enthielt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat auch seinerseits den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstandes geprüft. Dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer tritt der Verwaltungsrat bei.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Verwaltungsrat keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Dieser ist damit festgestellt.

Karlsruhe, den 17. Mai 2018

Der Verwaltungsrat
des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes

Jürgen Bäuerle
Vorsitzender

Michael Kessler
stellv. Vorsitzender

Wolfgang Dietz

Georg Eble

Dr. Joachim Herrmann

Ulrich Hintermayer

Klaus Jehle

Volker Kieber

Dr. Rupert Kubon

Dr. Frank Mentrup

Edith Schreiner

Bernd Siefermann

Dorothea Störr-Ritter

Prof. Dr. Eckart Würzner

